

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altefähr 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mr. 1.60.** Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beilage oder deren Raum **15 Pfennige**, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfennig**, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr Morgens** in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 114.

Freitag, den 17. Mai 1895.

2. Jahrgang.

## Siehe eine Beilage.

**Ueber den Schwund des Nationalliberalismus**  
schreibt die „Frf. Ztg.“: Wo immer eine Ersatzwahl zum Reichstag erfolgt, im Süden, Norden, Westen oder Osten, tritt eine markante Erscheinung in berechneten Ziffern vor die Augen: der Rückgang des Nationalliberalismus. Rückgang ist eigentlich nicht der bezeichnende Ausdruck für die Sache, man könnte besser Schwund oder Auflösung sagen. Organisation, Agitation versagen, mit welchem Eifer und welchen Mitteln sie auch versucht werden; zu Tausenden bleiben die früheren Wähler aus, die einst sichersten Dörfer sollen ab und versagen. So war es in Schmalkalden, Mühlhausen, Eisenach, Weimar, so hat sich auch in Köln gezeigt. Im Jahre 1893 hatte die Partei in den Stadtbezirken, die an der Ersatzwahl theilgenommen waren, 8433 Stimmen erhalten, gestern (Montag) brachte es ihr Kandidat, ein angesehenere Bürger vom besten Ruf, nur noch auf 3887, also nicht mehr auf die Hälfte der früheren Zahl. Das ist, wie ein clerikales Blatt richtig bemerkt, kein Rückgang mehr, sondern ein Zusammenbruch, zumal wenn man bedenkt, daß der Nationalliberalismus in Köln über das verbreitetste Blatt verfügt und dieses es an dem kräftigsten Apell an das Pflichtgefühl der „national“ denkenden Bürger nicht hatte fehlen lassen.

Kein Wunder, daß man an vielen Orten gar nicht mehr wagt, in den Kampf um das Mandat einzutreten und sich darauf beschränkt, reaktionären Parteien willig oder maulend Gefolgschaft zu leisten, womit dann natürlich auch der letzte Stamm der Anhänger auseinandergeprengt wird. So hat der Nationalliberalismus den Wahlkreis Urm-Gießlingen, der zu seinem Bestehen gehörte, den Agrariern preisgegeben, in Waldeck-Pyrmont, wo er das umgestürzte Mandat seines Böttcher wieder aufrichten mußte, vollzieht sich das gleiche Schauspiel; ein Agrarier ist bereits als Kandidat aller „nationalen“ Richtungen, zu denen jetzt auch der Antisemitismus gerechnet wird, aufgestellt worden, und Herr Dr. Böttcher läßt erklären, daß er vorerst aus Gesundheitsrücksichten davon abstehe, in den Kampf einzutreten. Uns will bedünken, daß diese Rücksichten mehr der Partei, als der Person gelten; die Partei sieht dahin, und giebt die nutzlosen Kraftproben, die sie immer mehr herunterbringen, nach und nach auf.

Woher dieser Verfall? Mit dem Liberalismus der Partei ist es schon seit vielen Jahren zu Ende gewesen, den hat Herr Miquels Heidelberger Tränklein Anno 1884 ihr gründlich ausgetrieben. Wer ehrlich liberal war, mußte ihr längst entfremdet sein und war es auch; was noch zu ihr hielt, war jene Klasse, die eigentlich reaktionär ist, aber bei Leibe nicht dafür gelten will, die in dem Schein des Liberalismus die politische und gesellschaftliche Reputation von ebendem sich erhalten möchte. Der lag nichts daran, ob die Partei ihren Kurs mehr und mehr nach rechts richtete, sie dachte nicht daran, zu rebelliren oder auch nur zu protestiren, als auf dem letzten Parteitag in Frankfurt „die Umsturzpolitik amtlich eingeläutet wurde“, sie würde Morgen auch zum Ruf nach einem Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie ihr Amen geben. Nur der Ultramontanismus bringt sie auf, er ist für sie das rothe Tuch, das ihr Phlegma in Leidenschaft verwandelt. Man hat das gesehen, als das Zentrum sich des Glockenstrickes zum Leuten gegen den Umsturz bemächtigte; da protestirte auch der Nationalliberalismus aus Leibesträften, ohne des Spottes zu achten, dessen Zielscheibe er dabei wurde.

Nein, die politische Verwaschenheit ist es nicht, die jetzt als Keim der Zerstörung den Nationalliberalismus an seinem Lebensnerv bedroht; sie hatte längst eine reinliche Scheidung nach links herbeigeführt, bei der die Partei, da ihr viele konservative Elemente zugefallen waren, gar nicht schlecht weggekommen war. Sener Todeskeim hat einen anderen Nährboden, die bereinigt in Heidelberg zur Förderung der Bismarck'schen Politik proklamirte Anarchie oder wie man es nannte „Freiheit“ in allen wirtschaftlichen Fragen. Je bedeutsamer diese Fragen wurden, je stärker sie im öffentlichen Leben hervortraten, je mehr sie zum Mittelpunkt neuer Partei-Bildungen wurden, um so loser wurde das Gefüge der nationalliberalen Partei, um so schutzloser wurde sie gegen die Einbrüche, die in ihre Reihen gemacht wurden.

Man kennt die Geschichte von dem Schiff, das an

dem Magnetberg scheitert, von dem es unwiderstehlich angezogen wurde in Folge der Eisentheile, die seinen Bau zusammenhielten. Diese Geschichte wiederholt sich vor unseren Augen in dem Schicksal des Nationalliberalismus; er kann sich der Anziehungskraft, die Agrarierthum, Zünftelei, Antisemitismus auf sein Fahrzeug ausüben, nicht mehr erwehren und wo es zu einem Zusammenstoß kommt, giebt es einen Schiffbruch, die Planken fallen auseinander, und die kleine Mannschaft, die sich zu retten vermag, bezeugt die Gewalt der Katastrophe. Unter solchen Verhältnissen werden alle Regenerationsversuche umsonst sein, die Partei kann dem Schicksal nicht mehr entgehen, das jede Anarchie finden muß, die Deute ledig zugreifenden Ungeklümmten zu werden. Agrarier und Antisemiten werden vorerst ihre lachenden Erben sein, namentlich auf dem Lande, wie es sich besonders drastisch in Eisenach gezeigt hat. In den Städten wird ein kleiner Rest zurückbleiben und je nach dem Zuge der Zeit links oder rechts Anschluß suchen.

Das ist keine Zukunftspantastie, sondern ein Bild aus der Gegenwart, dessen Aktualität durch jede Reichstagswahl bezeugt wird. Die einst herrschend gewesene nationalliberale Partei befindet sich im letzten Stadium ihres absteigenden Lebens; ihr Schicksal wird überall dasselbe sein, mag sie, wie in Eisenach, Weimar und Köln noch ein Mal an das Wahlgelück appelliren, mag sie, wie in Urm-Gießlingen oder Waldeck-Pyrmont resignirt von der Bildfläche verschwinden. Sie hat gesündigt und gebüßt, sie ist gewesen; da das Deutsche Reich wahrlich nicht Leid zu tragen braucht um ihren Untergang, wird auch nirgends der Wunsch laut werden, daß ihr eine Auferstehung beschieden sein möge.

Wäge ihr die „agrariische“ Erde, unter der sie ruhen wird, leicht sein!

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 15. Mai.

93. Sitzung, Mittags 1 Uhr.  
Am Tische des Bundesraths: Dr. v. Böttcher.  
Zur Verathung steht in erster Lesung der von den Abgeordneten Rickert und Gen. (Fv.) eingebrachte Gesetzentwurf auf Abänderung des Wahlgesetzes in der Richtung besserer Sicherung des Wahlgeheimnisses, zweckmäßiger Einteilung der Wahlbezirke u. s. w.

Rickert beschränkt sich bei Begründung des Antrages auf den Hinweis auf die vorjährigen Verhandlungen. Der damals in dritter Lesung angenommenen Fassung entsprache der heutige Antrag. Um die freie Abstimmung für die Zukunft zu sichern, bitte er um Annahme desselben. Es müsse verhindert werden, daß fortwährend an die Wahlprüfungskommission Beschwerden darüber gelangen, daß die Wähler einfach als Stimmvieh an die Urne geführt werden. In der Annahme des Antrages würde gleichzeitig ein Protest gegen die von konservativer Seite her zu Tage tretenden, gradezu hochverrätherischen Bestrebungen auf Aenderung des Wahlrechts liegen.

Wassermann (M.) hofft, daß das Haus sich noch recht lange des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts erfreuen werde, und erklärt, seine Freunde böten gern die Hand zur Sicherung desselben und stimmten demnach dem Antrag Rickert zu. Ob mit den Bestimmungen des Antrages allerdings Alles erreicht werde, was die Antragsteller bezweckten, müsse vorerst noch dahingestellt bleiben. Vor Allem beschränkte er die zweckmäßiger Einteilung der Wahlbezirke und die Einführung der Wahllokale, während bezüglich des vorgeschriebenen Stimmraumes Erfahrungen noch abgewartet werden müßten. Er gebe schließlich noch der Erwartung Ausdruck, daß die verbündeten Regierungen endlich den Wünschen des Reichstages Rechnung tragen werden.

Dr. Lieber (B.) stellt fest, daß seine Parteigenossen die Bestrebungen auf Sicherung des Wahlgeheimnisses von Anfang an auf das Lebhafteste begrüßt und unterstützt hätten. Sie würden auch in diesem Jahre mit derselben Wärme und Entschiedenheit, wie im vorigen, für den Antrag eintreten. Je mehr Angriffe das allgemeine Wahlrecht ausgelegt sei, umso mehr müßten seine Anhänger es vor Anfechtungen zu schützen bestrebt sein. Er behaupte, daß die Regierung bis jetzt dem Antrage nicht zugestimmt habe, verjichere aber, daß der Reichstag mit seiner Forderung immer wieder kommen werde, bis sie Erfüllung finde. Sie werde ja nicht bloß im Interesse des Reichstages, sondern ebenso im Interesse der Reichsregierung gestellt. Angesichts des selbst von einem Mitgliede des Hauses im preussischen Herrenhause und von einem seiner Parteifreunde im Abgeordnetenhaus gegebenen Anregung, das allgemeine Wahlrecht abzuschaffen, Angesichts der Aufforderung eines alten Staatsmannes an die Vertretungen der Einzelstaaten, sich um die Reichspolitik und die Geschäfte des Reichstages zu kümmern, hat der Reichstag alle Veranlassung, Verwahrung dagegen einzulegen, daß so etwas wieder geschehe.

Dr. von Buchla (R.) erklärt, von Bestrebungen in den Reihen seiner Freunde auf Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts sei ihm nichts bekannt. Er fühle sich unter demselben ganz wohl, und es liege ihm gänzlich fern, den Zweig abzuzägen, auf dem er sitze.

Singer (G.): Es ist ja sehr erfreulich, daß der Herr Vorredner unter der Herrschaft des allgemeinen gleichen Wahlrechts

sich wohl befindet. Wie lange freilich dieses Wohlbefinden noch dauern wird, ist eine andere Frage. (Heiterkeit.) Denn auch in Mecklenburg fängt es an Nicht zu werden und die letzten Wahlen in Mecklenburg haben bewiesen, daß trotz der Herrschaft, die dort existirt, die Sozialdemokratie drauf und dran ist, Wahlkreise zu erobern, und ich wünsche, daß der erste Wahlkreis, den die Sozialdemokratie in Mecklenburg erobert, derjenige des Herrn v. Buchla ist. (Sehr gut! links. Heiterkeit.) Wenn übrigens Herr v. Buchla seine Erklärung, die er abgegeben hat, Namens seiner Partei abgegeben hat, so ist das doch ein etwas eigenthümlicher Sachverhalt. Bisher war doch immer eine gewisse Solidarität zwischen der konservativen Partei und ihrer Presse vorhanden und ich erinnere nur an die Haltung der „Kreuzzeitung“, der „Schles. Zeitung“ und all der Blätter, die sich als das berechtigte Mundstück der konservativen Partei aufspielten (Sehr richtig! links) in Bezug auf die Frage des allgemeinen gleichen Wahlrechts und da muß ich sagen, etwas Unverschämteres und etwas Niederträchtigeres als wie diese Presse in Bezug auf das einzige Volkrecht, was wir in Deutschland noch haben, in letzter Zeit Stellung genommen hat, ist mir noch nicht vorgekommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es steht also Herr v. Buchla wirklich schlecht an, in dieser Weise über das allgemeine Wahlrecht als den Ausdruck des Willens seiner Partei zu reden. Vielleicht erkundigt er sich bei seinem Fraktionsgenossen, dem Grafen Mirbach, wie der über das allgemeine Wahlrecht denkt. Vielleicht wird Graf Mirbach das, was er im Herrenhause gesagt hat, uns jetzt hier vortragen. Es liegt mir daran, zu konstatiren, daß gar kein Anlaß vorliegt, dem Abg. v. Buchla so viel Glauben zu schenken, wie es durch die Schneidigkeit und Kürze seiner Erklärung zu erwecken den Anschein hatte. Wir wissen ganz genau, was die konservative Partei von dem allgemeinen gleichen Wahlrecht hält und ich begreife diesen Standpunkt auch bei einer Partei, die überhaupt nur existiren kann, wenn sie auf die Gunst der Regierung und auf die Macht der Landräthe rechnen kann. Es ist erfreulich, daß nach der Erklärung Dr. Liebers das Centrum am allgemeinen Wahlrecht festhält, auch bereit ist, dafür zu sorgen, daß das Geheimniß und die Freiheit der Wahl auch besser bedacht wird. So pessimistisch wie Dr. Lieber denke ich aber nicht über das, was der Reichstag thun kann. Ich würde vorschlagen, daß der Reichstag so lange die Beschlüsse über die Vorlagen der Regierung aussetzt, bis der Bundesrath Zeit gefunden hat, sich schließlic zu werden über den Beschluß des Reichstages in Bezug auf Verbesserung des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts. (Sehr richtig! b. b. Sozialdemokr.) Jetzt geht der Bundesrath aus souveräner Verachtung über die Beschlüsse des Reichstages hinweg. Bewilligen Sie doch den Etat nicht, dann sollen Sie einmal sehen, wie der Bundesrath die Beschlüsse des Reichstages ausführt. Man muß sich eben daran gewöhnen, daß der Reichstag nicht die zweite Flöte bläst, wie die Herren von der konservativen Partei und auch vielleicht vom Bundesrath gern möchten. Ganz dasselbe, was für diesen Antrag, gilt auch für den Antrag auf Diätenzahlung an die Reichstagsmitglieder. Uns schadet ja die Diätenlosigkeit nicht, wir sind in der Lage, auch ohne Diäten so viel Abgeordnete als möglich in den Reichstag zu schicken. Aber wenn das Centrum dem Diätenantrage zur Annahme verpfeifen will, so braucht es nur dem Bundesrath jedesmal mit der Ablehnung seiner Vorlagen zu antworten. Was den vorliegenden Antrag anlangt, so haben wir, so oft er gestellt ist, für denselben gestimmt. Wir haben keine Veranlassung heute anders zu votiren. Ich will hinzufügen, daß ich aus der gegenwärtigen Regierungspolitik keine Hoffnung habe, daß der heute zu fassende Beschluß eine bessere Wirkung haben wird wie die früheren Beschlüsse, es sei denn, daß der Reichstag seinem Beschlüsse mehr Nachdruck zu verleihen gewillt ist, als er es bisher leider gethan hat.

Staatssekretär Dr. von Böttcher: Ich will nicht auf das Materielle des Antrages eingehen, da, wie Sie wissen, der Bundesrath noch keinen Beschluß gefaßt hat. Aber ich muß der Ansicht widersprechen, als ob der Bundesrath mit souveräner Verachtung auf Beschlüsse des Reichstages herabschähe. Daraus, daß er sich Zeit nimmt, Stellung zu denselben zu nehmen, kann der Vorredner einen solchen Schluß logisch nicht ziehen. Wollte ich ebenso denken, so könnte ich, wenn der Reichstag über Bundesrathsvorlagen nicht beschließt, was meines Wissens auch schon dagesen ist (Heiterkeit), ebenfalls sagen, der Reichstag blide mit souveräner Verachtung auf die Beschlüsse des Bundesrathes herab. (Sehr gut! rechts.) Das thue ich nicht, weil es nicht logisch ist, und weil ich von dem Grundsatze ausgehe, daß, wenn in einem Staatswesen zwei Faktoren bei der Gesetzgebung mitzusprechen haben, jeder dem anderen die Freiheit der Entscheidung lassen muß. Also überlassen Sie auch dem Bundesrath diese Freiheit. (Beifall rechts.) Andererseits war ich begierig, die Mittel zu hören, wie der Reichstag den Bundesrath zu Entschlüssen zwingen könne. Ich habe kein anderes gehört, als die Ablehnung von Vorlagen. Damit aber würden Sie dem Bundesrath keine besonderen Kummer machen. Wir machen Vorlagen nicht im Interesse der Regierungen, sondern im Interesse des Reiches. (Sehr richtig! rechts.) Beinh der Reichstag aus Empfindlichkeit unsere Vorlagen ab, habeat sibi! — Dem Bundesrath entsteht daraus kein Kummer. Den Schaden hat das Reich. (Beifall rechts.)

v. Carlsinski (Pole) steht ganz auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts und wird immer für die Sicherung desselben eintreten, also auch heute für den Antrag Rickert stimmen. Förster (Reformp.) stellt sich dem Antrage gleichfalls freundlich gegenüber, wünscht aber, daß auch für die Wahlprüfungen eine bestimmte Frist in den Entwurf aufgenommen werde, damit nicht immer wieder komme, daß Mandate erst lange nach der Wahl für ungültig erklärt werden.

Rickert verweist gegenüber der Erklärung des Abg. v. Buchla auf die bekannte Rede des Grafen Mirbach im Herrenhause, in der dieser der Regierung empfohlen habe, einen neuen Reichstag auf Grund eines neuen Wahlrechts ins Leben zu rufen, und zwar unverzüglich. Beifall stehe im Bericht verzeichnet. Dieser werde doch wohl auch aus der konservativen Partei gekommen sein. Graf Mirbach habe sodann noch den Staatsrath empfohlen. (Widerpruch rechts.) Es sei doch mindestens Zeit, daß Graf Mirbach eine Erklärung über jene Äußerungen abgebe.



Graf Limburg-Stirum (K.) bezeichnet es als nicht richtig, daß Graf Mirbach eine Veränderung des Wahlrechts auf nicht verfassungsmäßigem Wege befristet habe. Er sei allerdings nicht mit diesem Reichstage zufrieden und wünsche ein anderes Wahlrecht, aber er fordere nicht dessen Einführung auf anderem als verfassungsmäßigem Wege. Er müsse bestreiten, daß seine Freunde Gegner des Reichstagswahlrechts seien; sie hätten das nie ausgesprochen. Abgeordneter Nicker greife ja auch das preussische Wahlrecht an und bezeichne es als das beste. Er siehe auf dem Boden, daß es kein vollkommenes Wahlrecht gebe. Jedes Wahlrecht sei aber ein einseitiges Ganzes. Beantrage man Veränderungen in Einzelheiten, so greife man das Wahlrecht an. Seine Freunde würden deshalb auch nicht für den Antrag Nicker stimmen. Wenn Herr Singer einen Wunsch befristete, so gebe er ihm doch zu bedenken, daß es unsicher sei, ob in einer solchen Machfrage der Reichstag den Sieg davontragen werde. (Beifall rechts.)

Dr. v. Buchta bemerkt, er habe seine Erklärung nur für seine Person abgegeben. Dr. Lieber sieht in den Meinungen des Abg. Singer vor allem den Vortheil, daß die Redner der konservativen Partei dadurch zu der Erklärung veranlaßt worden seien, daß diese nicht auf Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts hinwirke. Darin könne er aber dem Grafen Limburg nicht zustimmen, daß durch einzelne Veränderungen, wie die Einführung von Tagesordnungen, das Wesen des allgemeinen Wahlrechts geändert werde. Abg. Singer habe wohl selbst nicht erwartet, daß ihm Jemand auf dem von ihm empfohlenen Wege der Budget- und Steuererweiterung folgen werde. Seine Freunde würden nach wie vor diese Vorlage ernstlich und gewissenhaft prüfen.

Liebermann von Sonnenberg (Reform.) hält den Antrag Nicker immerhin für eine geringe Verbesserung des Wahlrechts. Die konservative Partei und die Regierung sollten demselben doch zustimmen. Wahlbeeinträchtigungen von Seiten der Regierung habe er noch nicht erlebt, dagegen vielfach von Seiten der Wähler. In Schwere-Schnalladen habe er es erst kürzlich erlebt, daß Arbeiterpatrouillen den Wählern die Stimmzettel in die Hand gedrückt haben. Für die Freisinnigen besorgten die Juden das Geschäft der Wahlbeeinträchtigungen. Am besten wäre es, man statuierte statt des Wahlrechts die Wahlpflicht, dann würde eine große Zahl der Sozialdemokraten aus dem Reichstage verschwinden. Die Leute, die heute nicht wählen, seien weder Juden noch Sozialdemokraten, sondern Leute, die nicht mit der Zeit mitgegangen seien und der Meinung seien, die Regierung und der liebe Gott werden schon Alles gutmachen.

Vindewald (Reform.) theilt mit, daß im Wahlkreise Eichenach die konservative Partei ein Flugblatt verbreitet habe, in welchem die Forderung enthalten gewesen sei, daß die Stimmen nicht gezählt, sondern gewogen werden müßten. Das widerspreche doch dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht.

Singer (SD) weist auf einen Artikel der „Schlesischen Ztg.“ hin, in welchem in der unrichtigsten und niederträchtigsten Weise der Staatsreich empfohlen werde. Graf Limburg schüttelte zwar die Presse von seinen Hochschößen ab, aber trotzdem sei kein Nachweis möglich, daß die Konservativen keine Veränderung des Wahlrechts wünschten. Dem Abg. Liebermann v. Sonnenberg habe er zu erwidern, daß der größte Terrorismus von Arbeitgebern und von Landräthen und sonstigen Beamten ausgeübt werde. Die Forderung der Wahlpflicht sei ein Inveniarstück aus dem sozialdemokratischen Programm. Wenn es soweit sei, so würden seine Freunde daher auch für dieselbe stimmen, selbst wenn sie von dem Abgeordneten v. Liebermann beantragt sein sollte. Aber man dürfe dann auch die Wahlpflicht der Frauen nicht vergessen. Der Abg. v. Liebermann wolle das freilich nicht und befristete die Wahlpflicht wohl nur, weil er an die Verwirklichung der Forderung nicht glaube.

Liebermann v. Sonnenberg bemerkt, der Umstand, daß Abg. Singer ihn überhaupt nicht beleidigen könne, verbiete es ihm, denselben auf die letzte Bemerkung zu antworten. Seine Behauptung über den Terrorismus der Sozialdemokraten gegen die Arbeiter halte er durchaus aufrecht. Um eine Vereinigung der Verhältnisse herbeizuführen, habe er die Wahlpflicht befristet.

Träger (F.V.) bezeichnet es als selbstverständlich, daß seine Freunde für den Antrag Nicker stimmen würden. Derselbe stelle nicht einen Angriff auf das bestehende Wahlrecht dar, sondern wolle dasselbe stärken. Die Interpretation, welche Graf Limburg den Äußerungen des Grafen Mirbach gegeben habe, sei ganz verfehlt. Der Letztere habe gewiß nicht daran gedacht, daß das von ihm gewünschte Wahlrecht von einem auf Grund des bestehenden gewählten Reichstage bewilligt werden könnte. (Sehr richtig, links.)

Bebel (SD): Herr von Liebermann ist gleich bereit über persönliche Inbetriften zu klagen und verzicht in solchen Fällen stets, daß er es ist, der den Anlaß zu derartigen Ausfällen giebt. Es giebt keinen Abgeordneten in diesem Hause, der es so liebt, in persönlichen Angriffen zu schwelgen, wie der Herr Abgeordnete von Liebermann. (Sehr richtig, bei den Sozialdemokraten.) Würde die Kampfweise, die Herr von Liebermann und seine Freunde hier im Hause und draußen im Lande allüberall pflegen, die Nichtscham für alle Parteien werden, dann wäre es noch viel trauriger um unser volksthümliches Leben bestellt. (Sehr richtig, links.) Was die Forderung meiner Aeußerung von der eigenen Polizei anlangt, so weiß der Abgeordnete von Liebermann genau, in welchem Zusammenhang ich diese Aeußerung gemacht habe, und daß sie hier an dieser Stelle durchaus deplaciert ist. Es handelte sich in der Umsturzkommission um die bekannten Provokationen durch Lockspiegel und ich sagte, wir wären über diese Dinge auch unterrichtet, wir hätten eben unsere eigene Polizei. Der Anfall des Herrn v. Liebermann war also an dieser Stelle so unglücklich wie möglich. Wir stimmen für den vorliegenden Gesekentwurf. Alles, was dazu beitragen kann, die Wahlagitation vor ungeleglichen Eingriffen zu schützen, das Wahlgeheimniß zu sichern, den Ausdruck der Volkstimmung in einer proportionirt richtigeren Weise, als das bei dem gegenwärtigen Wahlssystem der Fall ist, zum Ausdruck kommen zu lassen, wird bei uns stets die entschiedenste Unterstützung finden. Deshalb sind wir auch für die Wahlpflicht. Dieses vom Abg. von Liebermann als eine Art Heilmittel für Deutschland empfohlene System der Wahlpflicht existirt bereits in Belgien. In Belgien besteht auch das allgemeine Wahlrecht, nur verdröben dadurch, daß dort gewisse Klassen doppeltes und dreifaches Wahlrecht besitzen und die Arbeiter benachtheiligt sind. Aber unseren Genossen hat die Wahlpflicht nicht geschadet, sie haben auf den ersten Hieb eine ganz bedeutende Vertreterzahl bekommen, ganz außer Verhältnis zu dem, was wir hier in Deutschland gehabt haben. Wir haben 20 Jahre in Deutschland gebraucht, um nur annähernd zu dieser Vertreterzahl zu kommen. Wir werden also bei der Wahlpflicht nicht die schlechtesten Geschäfte machen. Herr von Liebermann sagte, von allen sozialdemokratischen Vertretern sind nur zwei, die gleich bei der ersten Wahl mehr als 50 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Wie steht es bei allen übrigen Mitgliedern des Hauses? Wie steht es bei seiner Partei? Von seiner Partei dürfte kein Einziger gleich 50 Prozent aller Stimmen erreicht haben. Seine Partei würde also gar nicht vertreten sein nach der Einführung der Wahlpflicht. (Heiterkeit.) Wir wollen nicht allein die Wahlpflicht, wir wollen auch das Proportionalwahlssystem. Dann würden wir bedeutend mehr Vertreter im Reichstage haben, als gegenwärtig, ungefähr 90 statt 46. Es ist auch sehr schön, von einem Wahlterrorismus unserer Partei zu sprechen. Gewiß existirt und arbeitet meine Partei so eifrig, wie irgend eine; aber in den 28 Jahren, die wir einen Reichstag haben, ist noch nicht eine Wahl wegen „sozialdemokratischen Terrorismus“ kassirt worden. Dagegen übt die Rechte, zu der Herr Liebermann von Sonnenberg die intimsten Beziehungen hat, mit Hilfe der hinter ihr stehenden Staatsbehörden den größten Terrorismus aus, der schon verschiedentlich zur Kassirung von Wahlen geführt hat, darin hat Herr Liebermann v. Sonnenberg Recht, wenn er meint, bei

Einführung des Frauenstimmrechts könnten wir schlechte Geschäfte machen. Auf ablehnbare Zeit gewiß: wir stellen diese Forderung aber, weil wir sie für notwendig und gerecht halten. Und Sie wagen sie nicht einzuführen, obgleich für Sie zunächst ein Vortheil entsteht, weil Sie die Folgen fürchten. Erst Bismarck hat das allgemeine gleiche Wahlrecht eingeführt, weil ihn die Nothlage dazu zwang. Freundlich stand die konservative Partei niemals zu dem Wahlrecht, besonders seit den Erfahrungen mit dem Wachstum der Sozialdemokratie. Jetzt warten Sie nur auf eine Gelegenheit, um es aus der Welt zu schaffen. Als Partei erheben Sie die Forderung natürlich nicht, aber Ihre Führer thun es draußen im Lande. Sie werden den Sieg mit Freunden begrüßen, wo das allgemeine Stimmrecht abgeschafft werden kann, und wo die Regierung, sei es in welcher Form, immer das Obium auf sich nehmen will. Von Ihrer Seite wird dann kein Widerspruch erfolgen, mit Jubel werden Sie beistimmen!

Liebermann v. Sonnenberg erwidert, er sei bei seinen Ausführungen über die Wahlpflicht von der bestimmten Voraussetzung ausgegangen, daß bei den Stichwahlen alle auf dem Boden des Staates stehenden Parteien zusammen stimmen würden, dann würde den Sozialdemokraten der Sieg doch sehr schwer sein.

Damit schließt die Diskussion. Nach dem Schlusswort des Abg. Nicker tritt das Haus in die zweite Lesung ein.

In dieser wird die Bestimmung des Antrages, betreffend die anderweitige Eintheilung der Wahlkreise, ohne Debatte angenommen.

v. Kardorff (N.V.) beantragt die Vertagung. Der Antrag findet indes nicht die nöthige Unterstützung.

Bei der Bestimmung über die Beschaffenheit der Wahlzettel kommt es gleichfalls nicht zu einer Diskussion. Vor der Abstimmung bezweifelt Abg. v. Kardorff die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der dadurch notwendig werdende Namensaufruf ergiebt die Anwesenheit von 161 Mitgliedern. Das Haus ist somit nicht beschlußfähig. Die Sitzung muß abgebrochen werden.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Kleine Vorlagen; Novelle zum Invalidentenversicherungsgesetz; Nachtragsetat; Zuckersteuer-Novelle.)

Schluss 4 Uhr.

## Politische Mundschau.

### Deutschland.

Durch kaiserlichen Erlaß ist, wie die „Verl. Corresp.“ meldet, bestimmt worden, daß für diejenigen Schüler der Oberfeuerwerkerschule, welche im Verfolg der im September v. J. eingeleiteten Untersuchung „wegen Ungehorsams gegen einen Befehl in Dienstsachen, durch welchen ein erheblicher Nachtheil verursacht wurde,“ mit sechs Wochen und einem Tage Gefängniß oder einer geringeren Strafe belegt worden sind, lediglich aus dieser Bestrafung ein Hinderungsgrund für die Erneuerung der Kapitulation nicht hergeleitet werden soll. Ferner soll bei sonstiger Geeignetheit den Betreffenden der Eintritt in die Feuerwerks- bzw. Zeuglaufbahn nicht versagt bleiben.

Die Branntweinsteuer-Kommission des Reichstages nahm Art. 1 und 2 in zweiter Lesung in allen wesentlichen Punkten nach den Beschlüssen der ersten Lesung an. Graf v. Posadowsky theilte mit, der Bundesrath habe über den Schluß der Session noch keine Entscheidung gefaßt. Jedenfalls solle nach dem Wunsche der verbündeten Regierungen die Branntweinsteuer-Novelle noch in der gegenwärtigen Tagung verabschiedet werden.

In der Justizkommission des Reichstages wurde Dienstag die Verathung der Novelle zur Strafprozessordnung fortgesetzt. — Wiederum wurde die Frage erörtert, ob angesichts des nahe bevorstehenden Schlusses der Session ein Weiterarbeiten der Kommission angezeigt erscheine. Der Vorsitzende Abg. Dr. Kintelen erklärte, daß der Herr Reichskanzler in einer Unterredung ihm mitgetheilt habe, der Bundesrath habe sich über den Schluß der Session noch nicht entschieden.

Die Kommission für den Antrag Kanitz nahm einen Antrag Bichler an, die Regierung zu ersuchen, bei Aufstellung der Statistik eine Untersuchung anzustellen über das Quantum der Mehreinfuhr nach Deutschland, über die Herkunftsländer, die Einfuhrstrecken und die Höhe der Ausfuhr Deutschlands.

Eine Novelle zum Vereinsgesetz war Herr v. Köller bereit dem Staatsministerium zu unterbreiten zur Vorlage noch in dieser Landtagsession. Jetzt ist davon Abstand genommen. Ob diese Abstandnahme mit dem letzten Auftreten des Ministers im Reichstage zusammenhängt?

Das Resultat der Nachwahl in Köln zeigt unverkennbar eine gewisse Wahlmüdigkeit. Während 1893 im ersten Wahlgange insgesammt 43 679 Stimmen, also 66,9 Prozent der Berechtigten abgegeben wurden, sind es jetzt nur deren 23 329. Der Rückgang zeigt sich bei allen Parteien, doch nicht in gleichem Maßstabe. Am stärksten daran theilhaft sind die urbiereen Nationalliberalen, die, wie die letzten Nachwahlen überhaupt beweisen, 1893 nur durch den Militärummel eine Scheineristenz kräfteten, während sie jetzt auf den Aussterbeetat gelangen. Ihr Kandidat erlangte jetzt nur 3887 Stimmen gegen 11 786 bei der Hauptwahl von 1893, das Centrum hat 8000, die Sozialdemokratie 5000 Stimmen weniger erhalten als damals. Die Kandidaturen der anderen Parteien zeigen geringe Verminderung. Wie 1893 kommt es zur Stichwahl zwischen Centrum und Sozialdemokratie, aus der diesmal noch die erstere Partei siegreich hervorgehen dürfte. Indessen sind ihre Tage dort doch gezählt. Bemerkenswerth ist, daß bei der Stichwahl von 1893 der Sozialdemokrat gegen 1200 Stimmen weniger erhielt, als bei der Hauptwahl. Diesmal wird dieses sonderbare Resultat wohl kaum zutreffen, so meint die „Volkszeitung“.

Ulm. Bei der Reichstags-Stichwahl im 14. Wahlkreise (Geislingen-Heidenheim-Ulm) wurde Hänle (D.) mit 9626 Stimmen gewählt. Ehmann (freikons.) erhielt 7626 Stimmen.

Ein liberaler Parteitag. Der Wahlverein der Liberalen, die Vereinigung der wohlmeinenden, gebildeten, nach Regierungsfähigkeit sich sehenden Herren um Nicker, denen die freisinnige Volkspartei zu radikal und der nationalliberale Sumpf doch zu unfauber ist, hielt am 11. und 12. Mai seine Generalversammlung in Berlin ab. Eigentliche politische Bedeutung hat die Versammlung der Herren, denen der Boden im Volke völlig geschwunden ist, nicht; ihr Verlauf ist aber bezeichnend für die mannigfach sich kreuzenden Stimmungen, die in dieser Schicht des „gebildeten freisinnigen Bürgerthums“ vorhanden sind. Herr Professor Mommsen, ein besserer Gelehrter als Politiker, hofft, daß einmal die Zeit kommen werde, wo wieder eine gemäßigtere konservative Regierung mit den Liberalen zusammen arbeite. Herr Barth, ein besserer Politiker als Gelehrter, weist diese Auffassung mit der Erinnerung an die Capriwische Zeit weit zurück. Herr Professor Gufferow wünscht, daß die Partei sich mit der Arbeiterfrage befasse (immer bedächtig!), Herr Geh. Kommerzienrath Frenzel widerspricht seinem Vorschlage und hält die Sozialdemokratie für minder harmlos als Herr Barth, der wiederum an ihre Umwandlung in eine politisch-radikale Partei glaubt, und so fort. Die Resolution Gufferows, die ein freies allen Bevölkerungsklassen gleichmäßig zu theil werdendes Vereinigungsrecht zum Ausgleich wirtschaftlicher Gegensätze und die Einführung staatlich anerkannter und mit Gesetzesbefugnissen (?) ausgestatteter Berufsgenossenschaften befristet, würde schließlich in einer Kommission zur Ruhe gebettet. Resolutionen über Handwerker- und Schulfragen folgten nicht minder. An dem Diner, das Abends gleichfalls im Kaiserhof stattfand, theilnahmen sich gegen 100 Parteifreunde, darunter „eine große Anzahl Träger glanzvoller Namen“. Ob der Lübecker Reichstagsabgeordnete, Herr Dr. Götz, am Parteitage sowie Diner theilgenommen hat, entzieht sich unserer Kenntniß. Das Kaiserhoch brachte Direktor Schrader aus. Er gab dabei dem Wunsche Ausdruck, „daß die Stimme des Volkes an das Ohr des Monarchen dringen und Beachtung finden möge“. Es folgten dann so viele geistvolle Tischreden und Toaste, daß wir auf eine Wiedergabe verzichten müssen. Aus allen klang die Ueberzeugung heraus, daß die Versammlung wohl gelungen sei. Und das ist die Hauptsache.

Die Junker und die evangelischen Geistlichen. Verschiedene Blätter berichten: In Pommern macht ein Vorgang von sich reden, der auf die Lage der evangelischen Geistlichkeit innerhalb der preussischen Landeskirche ein besonderes Licht wirft: Auf einer Versammlung des Bundes der Landwirthe in einer pommerschen Kreisstadt kam u. a. die wirtschaftliche Lage der Sachseingänger zur Sprache. Ein jüngerer Geistlicher, der weder der liberalen Richtung angehört noch den Beruf eines Agitatoren in sich spürt, hielt es für seine christliche Pflicht, gegenüber den absprechenden junkerlichen (!) Neben ein gutes Wort für diese übel beleumdete Klasse der Lohnarbeiter einzulegen. Einige Großgrundbesitzer hielten einen evangelischen Prediger nicht für kompetent, in solchen Fragen mitzuspochen, und gaben ihm zu verstehen, daß die sittliche Qualität dieser Klasse von Menschen eher dazu angethan sei, selbstgerichtig zu strafen, als sie in Schutz zu nehmen. Besonders der „Landedelmann“, der das Patronat über die Stelle der betreffenden Geistlichen im Besitz hat, verwies „seinen“ Prediger nachdrücklich auf die schweren sittlichen Verstöße der eng beieinander hausenden Sachseingänger. Der Geistliche machte demgegenüber geltend, daß jeder Stand an seinen Mängeln zu tragen habe, wie ja auch den ostelbischen Grundbesitzern zum Vorwurf gemacht werde, daß sie in der Auslegung des sechsten Gebotes kein sonderlich enges Gewissen bekundeten. Dieser Disput gab dem Patron Anlaß, „seinen“ Prediger bei der vorgelegten Behörde zu verklagen. Diese, die offenbar keine Schuld des Geistlichen darin finden konnte, daß er sich der Sachseingänger angenommen und mit der erforderlichen Ehrerbietung auch die Großgrundbesitzer an das christliche Ideal gemahnt hätte, zog die Angelegenheit in die Länge. Der Patron bestand aber auf der Maßregelung „seines“ Predigers, und als die Provinzialbehörde seine Geduld zu lange auf die Probe stellte, wandte er sich kurzer Hand an den Kaiser. Hier fand die Angelegenheit eine entgegenkommendere Beurtheilung. Die betreffende Behörde wurde angewiesen, dem Geistlichen eine Klage zu erteilen. Die Behörde kam dieser Anweisung nach.

Unter den agrarischen Spiritusbrennern herrscht eitel Freude über einen „Kulturfortschritt“, der der Spiritusfabrikation einen neuen Aufschwung verheißt. Die Freude gründet sich auf folgende Notiz:

„Neuerdings ist eine Lampe in den Verkehr gebracht, durch welche das Problem, den Spiritus zu Beleuchtungszwecken zu verwenden, seine Lösung gefunden hat. Bei der großen Bedeutung dieser Frage sowohl im Hinblick auf die Unabhängigkeit vom amerikanischen Petroleummonopol als auch auf die heimische Spiritusproduktion bringt man dieser Erfindung in Regierungskreisen großes Interesse entgegen. Donnerstag Abend hat vor dem Finanzminister Dr. Miquel, dem Handelsminister Freiherrn von Bodelschwingh und dem Landwirtschaftsminister Frhr. von Hammerstein eine Vorführung verschiedener Lampen dieser Art durch Direktor Helfft stattgefunden. Das Prinzip, das bei der Lampe zur Anwendung gelangt, ist das des Glühlichts. Der Spiritus wird zum Vergasen gebracht und das leuchtende Gas in einen Glühkörper geleitet, der mit derselben Lichtstärke wie bei dem bekannten Gasglühlicht leuchtet. Wie wir hören, ist die Probe



höchst befriedigend ausgefallen. Die genannten drei Minister gaben dieser ihrer Anschauung in anerkennenden Worten Ausdruck.

In einem agrarischen Blatte wird diese Mittheilung mit der Bemerkung begleitet:

„Es wäre ein wahrer Segen nicht nur für unsere Spiritus-Produzenten, sondern auch für die Allgemeinheit, wenn sich hier eine Möglichkeit eröffnete, der Petroleumsklaverei zu entziehen.“

Gewiß, es wäre ein wahrer Segen, wenn den russischen und amerikanischen Petroleumkönigen die Ausbeutung der europäischen und außereuropäischen Petroleumkonsumenten wirksam beschränkt würde. Nur fürchten wir, daß wir aus der „Petroleumsklaverei“ alsbald in die „Spiritusklaverei“ hineinkommen würden. Dringt die Spirituslampe als Lampe der Zukunft durch, so werden unsere Agrarier, die vermöge ihres Einflusses auf die Gesetzgebung aus jeder Blume Honig zu saugen verstehen, auch aus dieser Thatsache ihren Vortheil zu ziehen wissen. Vor einem Spirituslampenmonopol würden die erfinderischen Herren vom Bund der Landwirthe gewiß nicht zurückschrecken, vorausgesetzt, daß der Staat als Spiritusabnehmer jeden ihm von den Spiritusbrennern diktierten Preis zahlt! Dieses neue Monopol wäre um nichts schlimmer als das Getreidekaufmonopol, das doch von unseren begehrtesten Agrariern als das entscheidende Mittel zur Auffrischung des bankrotten Junkerthums bezeichnet wird. Wir sehen also der Aera der neuen Spirituslampe weniger rosig gestimmt entgegen, als die agrarische Presse, die das Ding mit den Augen profitllüsterer Spiritusbrenner betrachtet.

Regierung und Landtag im Einklang mit Lippe sind dahin übereingekommen, daß die Regierung bald einen Akt der Reichsgesetzgebung beantrage, wodurch das Reichsgericht als zuständiger Gerichtshof zur Erledigung der vorliegenden Thronfolgefragen eingesetzt wird. Der Bundesrath wird voraussichtlich einen solchen Antrag, zu dessen Unterstützung die preussische Regierung sich bereit erklärt hat, zustimmen, da er früher die Entscheidung einer ähnlichen Streitfrage dem Reichsgericht zugewiesen hat.

### Österreich-Ungarn.

Die Kommune Wien ist nun in antisemitischen Händen. Bei der Wahl des ersten Vizebürgermeisters wurde Dr. Lueger im dritten Wahlgange gewählt. Der Bürgermeister und der zweite Vizebürgermeister wollen nun auch zurücktreten. Dr. Lueger wird nun zum Bürgermeister gewählt werden. Der Sieg ist weniger den Verdiensten der Antisemiten als dem völligen Bankrott der Liberalen zu danken. Die einzige Hoffnung der Liberalen besteht darin, daß die Regierung Dr. Lueger's Wahl nicht bestätigen wird.

### Italien.

Mailand. Der „Secolo“ veröffentlicht einen sensationellen Brief Cavallotti's wider Crispi nebst den Anklagen des höheren Polizeibeamten Santoro über die grausame Behandlung der auf ausdrückliches Geheiß Crispi's in's Zwangsdomizil nach Porto Ercole Verschiedenen. Santoro behauptet auch, daß die Bomben-Attentate das Werk der Polizei seien. — Dadurch werden unsere Worte nur bestätigt, daß Ehren-Crispi und seine Werkzeuge die eigentlichen Urheber der „Attentate“ gewesen sind, um dem Volke Maulkörbe anzulegen.

Die Feier der „silbernen Hochzeit Rom's mit Italien“ (20. September, dürfte, so schreibt die „N. Züricher Ztg.“, nicht so glatt verlaufen, als ursprünglich zu hoffen war. Ganz abgesehen davon, daß die verschiedenen Fest-Komitees sich gegenseitig in den Haaren liegen und daß man noch immer nicht weiß, woher eigentlich die Mittel für die Feier kommen sollen, regnet es Proteste gegen das Fest überhaupt. Und zwar sind es da durchaus nicht etwa nur die Clerikalen, deren Ver Stimmung begreiflich ist, auch die radikalen Parteien, Republikaner und Sozialisten, wollen von einer Betheiligung an den September-Festen nichts wissen. Die Zahl der formell Protestirenden geht bereits in die Tausende, und die Einwände, die sie geltend machen, sind theilweise auch charakteristisch genug. So erklären die Arbeitervereine von Florenz, Alexandria, Sanpiero d'Arena und Genua: „Partei-Beidenheiten, Klerikalismus oder Radikalismus haben mit unserer Ablehnung nichts zu schaffen. Was uns zu unserer ablehnenden Haltung bestimmt, das ist die Misere des Augenblicks, ist der Umstand, daß Rom nicht die Hauptstadt eines freien Reiches, sondern das geheiligte Asyl politischer Intriganten, schlauser Affaristen, Banquiers und korrupter Minister, daß es das Mekka einer allen öffentlichen Wohlstand aufsaugenden Bureaukratie geworden ist.“

Besser kann Crispi's Residenz wohl kaum gekennzeichnet werden, als es durch diese Worte geschieht.

### Serbien.

Belgrad Die „Frankf. Zeitung“ veröffentlicht eine Unterredung ihres Belgrader Korrespondenten mit dem serbischen Finanzminister Popovitch. Bei derselben äußerte Letzterer, das serbische Budget sei um 8 1/2 Millionen überlastet. Serbien könne seinen Verpflichtungen dem Auslande gegenüber nicht wie bisher nachkommen; es wolle keinen Bruch mit den Gläubigern, sondern wünsche deren Entgegenkommen in der schweren Lage. Die serbische Regierung werde mit dem Bankensyndikat gütliche Ver-

handlungen anbahnen, um die Konversion der gesammten Staatsschulden auf friedlichem Wege herbeizuführen; sie müßte zu einer gewaltlosen Reduktion der Coupons schreiten, wenn gütliche Mittel aussichtslos sein sollten. Nach der Ansicht des neuen Finanzministers könne Serbien höchstens 14 Millionen für den auswärtigen Dienst verwenden. — Portugal, Griechenland und Serbien sind bereits „pleite“. Wer ist der nächste, der die Bude zumacht?

## Lübeck und Umgegend.

An unsere geehrten Leserinnen! Mit dem gestrigen Tage ging der mit so großem Beifall aufgenommene Roman in unserem Blatte „Folly Morrison“ zu Ende. Um weitgehenden Wünschen Rechnung zu tragen, werden wir demnächst Guy de Maupassant's berühmten Roman „Bel-Ami“ zum Abdruck bringen. Wir glauben, daß derselbe unsere geehrten Leserinnen in jeder Hinsicht befriedigen wird. Bevor wir jedoch mit dem Abdruck von „Bel-Ami“ beginnen, werden noch einige kleinere Erzählungen, u. a. auch die Novelle „Herbe Erkenntniß“ von Ed. Schröpel, in unserem Blatte erscheinen.

Die Vereidigung und Einführung des neuen Senators Herrn Dr. Schön fand gestern Mittag in der programmmäßigen Form bei Anwesenheit des Senates und des Bürgerausschusses statt. Der Eid, welchen der neue Senator beim Antritt seines Amtes zu leisten hat, hat nach Art. 10 der Verfassung folgenden Wortlaut: „Als neu erwähltes Mitglied des Senates dieser freien Stadt gelobe und schwöre ich zu Gott: Ich will meinem Amte gewissenhaft vorstehen, das Wohl des Staates nach allen meinen Kräften erstreben, die Verfassung desselben getreu befolgen, das öffentliche Gut redlich verwalten und bei meiner Amtsführung, namentlich auch bei allen Wahlen, weder auf eigenen Vortheil noch auf Verwandtschaft oder Freundschaft Rücksicht nehmen. Ich will die Gesetze des Staates handhaben und Gerechtigkeit üben gegen Jeden, er sei reich oder arm. Ich will auch verschwiegen sein in Allem, was Verschwiegenheit erfordert, besonders aber will ich geheim halten, was geheim zu halten mir geboten wird. So war mir Gott helfe!“ — Zur „Feier“ des Tages hatten die öffentlichen sowie mehrere Privatgebäude geflaggt.

Der Redegreis in Friedrichshagen hat keine Zeit, die Lübecker Wallfahrer am 26. d. Mtz. zu empfangen. Darüber Heulen und Zähneklappen!

„Ueber die „internationale“ Sozialdemokratie in der Praxis“ haben sich die „Lüb. Anz.“ einen ausführlichen Artikel verschreiben lassen. Auf denselben einzugehen, halten wir unter unserer Würde. Mögen sie sich zunächst mit dem Schwind des National-Liberalismus beschäftigen, und wenn sie das gethan haben, wollen wir den „Lüb. Anz.“ gern Rede und Antwort stehen.

Der „Verein der Bewohner des Landgebietes der Freien und Hansestadt Lübeck“ hielt gestern Vormittag im Restaurant Niemann, Schlüsselbuden 16, eine Ausschuß-Versammlung ab, die von 20 Gemeinden besetzt war. Nach Aufnahme eines Mitgliedes wurden für die Bürger-schaftswahlen folgende Kandidaten aufgestellt: Für den Holstenthor-Landbezirk Höppner-Krumbeck und Lauenstein-Schönböken; Wühlenthor-Landbezirk: Tegtmeyer-Moisling, Redlien-Strecknitz, Scharbau-Wulfsdorf; Travemünder Landbezirk: H. Hildebrandt-Dummerzdorf; Rigerauer Landbezirk: H. Prösch-Harmsdorf, Professor Sartori; Burgthor-Landbezirk: Böge-Schlutup.

Ein schneller Tod ereilte gestern Abend gegen 7 Uhr plötzlich den Oberamtsrichter Dr. H. A. D. Wäschfeldt. Kurz nachdem er, vom Gerichtshause in seine Wohnung zurückgekehrt war, bereitete ein Schlagfluß seinem Leben ein schnelles Ende.

Eine Ladung Buchweizen brachte gestern der Dampfer „Minerva“ von Rantes nach hier. Der Dampfer wurde schon seit einigen Tagen hier erwartet. Die Ladung umfaßt ca. 780 Tons und wird beim Schuppen Nr. 23 entlädt und ist für die Brüggensche Dampfmühle bestimmt.

Diebstahl. Aus einem Hause in der Alffstraße wurden in voriger Woche einer Dame 30 Mk. gestohlen.

In den Bahnhofstunnel fiel Dienstag Vormittag beim Spielen ein vierjähriger Knabe. Herr Dr. Pauli, der zufällig anwesend war, brachte dem armen besinnungslosen Knaben mittelst Droschke in die elterliche Wohnung. Schwere Verletzungen scheint der Kleine zum Glück nicht davongetragen zu haben.

Bewegung der Bevölkerung. Im Monat April 1895 fanden nach dem Bericht des statistischen Amtes der Stadt Lübeck folgende Veränderungen in der Bevölkerung statt: Es wurden 203 Kinder geboren, davon waren 182 ehelich, 21 unehelich, 109 männlich, 94 weiblich. Todesgeborene wurden gemeldet: 6 (4 ehelich, 2 unehelich; 1 männlich, 5 weiblich). Es starben während dieses Monats 78 Personen. Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 15 (darunter 1 unehelich), von 1 bis 5 Jahren 7, (darunter 3 unehelich), von 5 bis 10 Jahren 2, von 10 bis 15 Jahren 3, von 15 bis 20 Jahren 3, von 20 bis 30 Jahren 6, von 30 bis 40 Jahren 4, von 40 bis 50 Jahren 7, von 50 bis 60 Jahren 6, von 60 bis 70 Jahren 12, von 70 bis 80 Jahren 10, von 80 bis 90 Jahren 3, über 90 Jahren —. Es starben an: Angeborene Lebensschwäche 4, Abzehrung 3, Altersschwäche 6, Blutvergiftung —, Bräune —, Brechdurchfall 1, Brust- und allgemeine Wassersucht 2, Darm- und Bauchfellentzündung 2, Darmkatarrh 2, Diphtheritis —, Gehirnentzündung 8, Gehirnerweichung 1, Gehirnschlagfluß 2, Gelenkrheumatismus —, Herzfehler 1, Krampfhusten —, Krämpfe 3, Krebschaden 1, Lungenkatarrh (chronischer) 1, Lungen- und Brusthöhlenentzündung 11, Lungenlähmung 1, Lungentuberkulose (Schwindel) 13, Magengeschwür 1, Masern und Röteln —, Nierenkrankheit 1, Poden —, Ruhr —, Scharlach —, Typhus (gastrointestinaler) 1, Verletzungen —, Wochenbettfieber —, übrige Krankheiten 10, Selbstmord 1, Unglücksfall 1, unbekanntes Krankheits 3.

e. Schwartau. Armenbegräbnis. Dieser Tage wurde hier ein Insoffe des Armenhauses begraben. Nun besitzt Schwartau zwar einen Leichenwagen — doch ist derselbe für die Armen nicht zu haben; diese werden vielmehr auf einem gewöhnlichen Einspänner — Mistwagen — wenn es auch dem Todten ganz gleich ist, wie er eingescharrt wird, so ist es doch für die Angehörigen sehr schmerzhaft, wenn sie sehen müssen, wie einer der Ihrigen in so unwürdiger Weise — lebendig, weil ihm der Wammon fehlt — bestattet wird! Die Gemeinde würde sich durchaus nichts vergeben, wenn sie auch die Armen der Armen anständig begraben ließe!

e. Rensfeld. Bei dem am Sonntag in R. Wahlen stattgefundenen Feuer hat sich ein Theil der Schwartauer Feuerwehr so rühmlich — nicht gerade im Lösch-, wohl aber im Brügeln hervorgethan, daß diese heroische That weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient. Hat sich da ein Tischler, der einen kleinen „Spiz“ zu sitzen hatte, eine Aeußerung erlaubt, welche den Schwartauer Herren gewaltig in die Krone fuhr. Um nun ihren „Muth“ zu beweisen, fielen 4 oder 5 Mann über den armen Kerl von Tischler her und bläuten ihn tüchtig durch. Doch damit nicht genug — als sich der Tischler wieder emporgearbeitet hatte, lief er davon und schimpfte natürlich über die ihm zu Theil gewordene Behandlung; die wackeren Feuerwehrmänner verfolgten ihn nun, holten ihn ein und warfen ihn zu Boden. Darauf schlugen sie den Armen abermals, so daß er mehrfach blutete. Zum Schluß bespritzten sie den Tischler noch mit Wasser, so daß sein Sonntagsanzug vollständig verdorben wurde. Zu einer derartigen That hatten also die braven Feuerwehrleute Muth genug; es ist nur bedauerlich, daß sie vorher nicht genügend Verständnis besaßen, Schläuche einzusetzen; denn es dauerte beinahe eine halbe Stunde bis nach ihrem Eintreffen, bevor sie den ersten Wasserstrahl in das entfesselte Element senden konnten, obwohl der Mühlenteich ganz in der Nähe ist!

Hamburg. Zum Morde der Wirthin Paasch. Die angestellten Recherchen haben ergeben, daß der Verdacht gegen einen Geschäftsreisenden und gegen den Steward P. ungerechtfertigt war. Abgesehen davon, daß Beide von der Schenkefrau, welche zuerst mit dem Mörder zusammentraf, nicht mit Bestimmtheit wiedererkannt werden konnten, sind sie auch in der Lage gewesen, ihr Mißbi vollständig nachweisen zu können. Nunmehr hat sich der Verdacht auf einen Seemann im Alter von 28 bis 30 Jahren gelenkt, der etwa 1,75 m groß, unterseht ist, blondes, zurückgekämmtes Haar, dunkel-blonden Schnurrbart und Fliege, sowie ein volles, gebräuntes Gesicht hat, dabei eine hohe, auffallend weiße Stirn, der plattdeutsch spricht und bekleidet war mit hellgrauem Jacketanzug, schwarzem Schlapphut und Touristenhemd. — Der Thator im Hause Zweite Bernhardtstraße 16 in St. Pauli ist von einer Gerichtscommission besichtigt und dann photographisch aufgenommen worden. Die ermordete Frau Auguste Paasch stand im Alter von 30 Jahren. Sie lebte von ihrem Manne getrennt, führte seit November vorigen Jahres die frühere Wirthschaft von H. Schult, Zweite Bernhardtstraße 16 im Hochparterre, als dessen Vertreterin weiter und wird als tüchtige Wirthin geschätzt.

Die Ausstellung des Edison-Kinetoskops, der neuesten sensationellen Erfindung des genialen Amerikaners, wurde gestern in Hamburg eröffnet. Wir haben seiner Zeit eine kurze Beschreibung des Edison-Kinetoskops gegeben und werden vielleicht später eingehender darauf zurückkommen.

Wandsbeck. Zur Naturgeschichte der Majestätsbeleidigungen. Nicht wenig erstaunt war ein jetzt hier arbeitender Klempner T., als ihm vor einigen Tagen von der Staatsanwaltschaft zu Rostock eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung zugestellt wurde. Nach der Anklageschrift sollen er und ein Kollege von ihm am 5. März dieses Jahres im Rostocker Glacis mißliebige Aeußerungen über den Reichstagsabgeordneten v. Buchta, Bismarck und den König von Preußen gemacht haben. Die Aeußerungen sind derartiger Natur, daß sie sich hier nicht wiedergeben lassen. Ein Kastellan, welcher sich in der Nähe der beiden Klempner aufgehalten hat und die ausgestoßenen Beleidigungen gehört haben will, hatte nichts Eiligeres zu thun, als die beiden zu denunzieren. Die Folge hiervon war, daß Beide in Anklagezustand veretzt wurden. T. bestreitet entschieden, die Person des Königs in das Gespräch gezogen zu haben. Er und sein Kollege wollen nur über den damals inszenierten Bismarck, zu dem in Rostock 1000 Mark gesammelt worden waren, einige Bemerkungen gemacht haben. Sie seien deshalb erregt hierüber gewesen, weil zu diesem Zweck obige Summe zusammengekommen war, während für die Familie eines verunglückten Dachdeckers nur 150 Mark einliefen. Der hinter ihnen hergehende Kastellan U. spielte den Entrüsteten und stellte sie wegen ihres „unpatriotischen“ Verhaltens zur Rede. Es entstand ein Wortwechsel und — die Majestätsbeleidigung war fertig. Zum Glück für die beiden Klempner befanden sich in ihrer Gesellschaft zwei Bauhandwerker, welche sich des geführten Gespräches genau entsinnen können. Wieviel von den im vorigen Jahre zur Aburtheilung gelangten 593 Majestätsbeleidigungen mögen eine ähnliche Geschichte aufzuweisen haben?

### Bemerktes.

Stelbische Agrarier und die Landproletarier. Der Königsberger „Volkstribüne“ stellte sich dieser Tage der Gespannrecht Sebastian mit seiner Frau vor, vom Gute des Herrn Niemann in Ringitten bei



Postkarten. Sebastian war jämmerlich zugerichtet, so zugerichtet, daß er kaum gehen und sprechen konnte. Der Mann wollte vom Herrn Saatkartoffeln haben und dieser gab ihm verkaufte und verstaubte. Der Mann meinte, wenn er für den Scheffel 2,30 Mark geben sollte, so brauche er auch das verkaufte Zeug nicht zu nehmen, er könne für das Geld bessere verlangen. Am vorigen Sonntag (5. Mai) Nachmittag kam ein Zwist zwischen den Eheleuten Sebastian vor, die Frau ging auf den Hof. Am Montag Vormittag ging S. in die Küche und verlangte, daß man seine Frau nach Hause schicke, damit sie für ihn den Mittag besorgen könne. Die Frau wollte denn auch nach Hause gehen. Jedoch noch in Gegenwart seiner Frau und in Gegenwart des Inspektors bekam er von dem Knecht Heinrich Wichmann unter Aufmunterung des Inspektors mit einem Misthaufen einen Hieb über den Kopf, daß er bewusstlos hintaumelte. Die Frau sagt aus, daß er dann noch mehrere Hiebe bekam, bis der Stiel zerbrach. Ein in der Nähe befindlicher Arbeiter Friedrich David versuchte den Mann zu retten und warf die Stücke des Stieles fort. Doch nicht genug, er wurde noch mit Fußstößen traktiert. Dann wurde er in der Schürkammer vom Inspektor an Händen und Füßen gebunden und in den Keller gebracht. Dem „gnädigen“ Herrn soll die Fesselung noch nicht fest genug gewesen sein, und er band ihn höchst eigenhändig noch fester, gab dem Knecht Heinrich Wichmann einen dicken eichenen Stock, machte die Thüre zu und sagte: „Nun schlage man, so viel Du willst, jetzt sieht es steiner.“ Dann blieb er in dem Keller liegen unter den fürchterlichsten Schmerzen und brennendem Durst. Als der Verwundete einen alten Mann, Strahl mit Namen, bat, ihm doch ein bißchen Wasser zu bringen, jagte der Inspektor denselben zurück. Schließlich gelang es dem Manne, den einen Fuß von den Fesseln zu befreien, sich durch die Luke zu drängen und sich nach Hause zu schleppen. Nach etwa einer halben Stunde, wie der Mann im Bette war, kamen vier Knechte, um ihn wieder abzuholen. Die Frau wollte ihn jedoch nicht weggehen lassen und der „gnädige Herr“ wurde geholt, welcher befahl, den Mann zu nehmen und wenn die Frau es nicht zulassen wolle, sie auch mitzunehmen. Darauf wurden Beide gebunden und auf den Hof geschleppt. Der Mann wurde wieder in den Keller geworfen und dann noch extra mit einer Holzkeite an einen Ständer angeschlossen. Die Frau, die nicht von ihrem Manne gehen wollte, wurde von drei Mann hinausgeschleppt. Der Mann bat den „gnädigen Herrn“ um ein bißchen Wasser, derselbe meinte jedoch, er solle nur bis Abends warten, dann bekomme er Wasser genug. Der Schmied hatte die Keite jedoch nicht zu fest um die Brust gelegt, so daß es Sebastian nach vieler Mühe gelang, sich die Keite von der Brust nach unten abzustreifen und auf demselben Wege wie vorher zu entfliehen. Er ging nach Hause, zog sich Stiefel und Jacke an und schleppte sich in den Wald, um, wie er sagte, so sein Leben zu retten. Von Abends an, die ganze Nacht hindurch, standen drei Mann vor seiner Wohnung mit Knütteln Wache, um ihn abzufassen, wenn er nach Hause

käme. Selbst den anderen Tag stand noch einer, um die Rückkehr des Mannes nach dem Hause zu verhindern. Tags darauf schickte der würdige Herr ein Fuhrwerk und ließ sämtliche Sachen der Leute abholen und auf seinen Hof bringen. Wie die Frau nach dem Bettel kam, sagte er noch, ihr Mann solle sich nicht mehr sehen lassen, sonst würde er ihn binden, aber so, daß er nicht mehr loskomme. Am Mittwoch kam die Familie mit ihrem 9-jährigen Kinde hier nach Königsberg, ohne Habseligkeiten, ohne etwas. — Ist das nicht echt russisch?

**Münzfälschung.** Ein sensationeller Prozeß bildete den Schluß der am Sonnabend zu Ende gegangenen Schwurgerichtsperiode des oberbayerischen Schwurgerichts. Im Frühjahr des Jahres 1893 tauchten in verschiedenen Orten des deutschen Reiches plötzlich zahlreiche falsche Kassenscheine zu 50 Mk. auf, welche den echten Scheinen so ähnlich sahen, daß sich selbst gewiegte Kassenscheine täuschen ließen. Es wurden alsbald die eingehendsten Recherchen eingeleitet und die Spur führte endlich nach München, ohne daß man jedoch der Thäter habhaft werden konnte. Am 22. September 1894 nun kam ein Mann in eine Wirtschaft im württembergischen Orte Vertheim und ließ einen Fünfzig-Markschein wechseln. Der Wirth, welcher von dem Umlauf falscher Scheine gehört hatte, verständigte den Schutzheiß, zumal ihm der angebotene Schein verdächtig vorkam, und es stellte sich denn auch heraus, daß die Note falsch war, worauf der Unbekannte von der Polizei in Haft genommen wurde, und nun kam die Polizei auch auf die Spur der übrigen Fälschmünzer. Es sind dies: der 28-jährige verheiratete Chemigraph Johann Bapt. Winkler von Biberach, dessen Bruder, der 36-jährige ledige Buchdrucker-Maschinenmeister Anton Winkler von Biberach, der 34-jährige verheiratete Bahntechniker Max Blumgart von München, der 33-jährige verheiratete Kaufmann Andr. Wallner von Augsburg, der 26-jährige ledige Kaufmann und Schauspieler Karl Schmauder von Markgröningen, und der 28-jährige ledige Chemiephotograph Jakob Söhler von Feiningen. Dieselben werden beschuldigt, theils gemeinsam 800—1000 solcher Scheine hergestellt, theils das Material herbeigeschafft und die Scheine vertrieben zu haben. Die Angeklagten sind im Großen und Ganzen geständig und wollen von der Noth auf die Bahn des Verbrechens getrieben sein. Baptist Winkler hat 1000 Stück 50 Mark-Banknoten unter Beihilfe seines Bruders Anton Winkler in seiner Wohnung hergestellt, dann später eine zweite Emission von 160 Stück in der Wohnung des mitangeklagten J. Söhler. Die sämtlichen Angeklagten haben gemeinsam zu verschiedenen Zeiten die nöthigen Chemikalien usw. besorgt, sowie das Unternehmen mit Geldmitteln unterstützt und später Reisen in verschiedene Städte unternommen, um die Fälskate an den Mann zu bringen, was auch in den meisten Fällen gelang, denn dieselben werden als täuschend ähnlich nachgemacht bezeichnet. Erst bei genauer Besichtigung und Vergleichung erscheinen einige untrügliche Merkmale dafür, daß sie gefälscht sind, die erste „Emission“ ist etwas zu breit, die zweite etwas zu schmal ausgefallen. Die Scheine be-

stehen nicht aus einem, sondern aus zwei auf je einer Seite bedruckten Blättern. Zwischen hinein wurden die Fasern geklebt, wie sie das Papier, auf das die Reichskassenscheine gedruckt sind, enthält. Das Urtheil lautet: Johann Bapt. Winkler 10 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrenverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, Anton Winkler 7 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrenverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, Schmauder 5 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrenverlust, Wallner 4 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrenverlust, Blumgart und Söhler unter Annahme mildernder Umstände je 4 Jahre Gefängniß und 5 Jahre Ehrenverlust.

### Briefkasten.

**H. Oberloe.** Ein Sozialdemokrat hat, zumal in der jetzigen Zeit, mehr zu thun, als sich um berartige Manöver zu kümmern. Uns ist es unbekannt.

### Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 15. Mai.

Der Schweinehandel verlief flau. Zugeliefert wurden 740 Stück, davon vom Norden — Stück vom Süden — Stück. Preise: Verbandschweine schwere 38—41 Mk., leichte 40—42 Mk., Sauen 28—33 Mk. und Ferkel 40—42 Mk. pr. 100 Pfd.

### Lübecker Getreidepreise.

15. Mai.

Nach Qualität und holländischem Gewicht per 200 Pfund:		
Weizen	13 Mk. — Pf bis 14 Mk. — Pf.	
Roggen	12 " 50 " " 13 " " "	
Gerste	11 " " " 12 " " "	
Hafer	11 " 50 " " 12 " " "	
Erbsen	11 " 50 " " 12 " " "	
Gelbe Kocherbsen	15 " " " 17 " " "	
Grüne	15 " " " 17 " " "	

### Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

#### Angekommen:

Mittwoch, den 15. Mai.  
 10,10 B. D. Minerva, Buschmann, von Nantes in 8 Tg.  
 11,15 B. D. Dannebrog, Skibbet, von Kopenhagen in 12 St.  
 1,10 R. D. Fehmann, Schacht, von Neustadt in 1 St.  
 2,25 R. D. Thor, Madsen, von Raskow in 8 St.  
 2,30 R. D. L. Torstenson, Åström, von Landskrona in 29 St.  
 Donnerstag, den 16. Mai.  
 3,40 B. D. Gustav Waja, Seeborg, von Kiel in 10 St.  
 4,10 B. D. Najaden, Hulst, von Kopenhagen in 12 St.  
 5,— B. D. Maria, Åmmundson, von Riga in 4 Tg.  
 9,— B. D. Nordcap, Ruffbal, von Königsberg in 2 Tg.  
 9,50 B. D. Jyden, Lund, von Malms in 15 St.

#### Abgegangen:

Mittwoch, den 15. Mai.  
 12,15 R. D. Falke, Ehler, nach Fehmann.  
 4,— R. D. Livadia, Bendfeldt, nach Aarhus.  
 7,15 R. D. Gauthiod, Rydell, nach Stockholm.  
 7,35 R. D. J. P. Dillberg, Bergh, nach Kopenhagen.  
 Donnerstag, den 16. Mai.  
 3,30 B. D. Abler, Fischer, nach Wismar.  
 5,25 B. D. Dannebrog, Skibbet, nach Kopenhagen.  
 Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,32 m.  
 NW., mäßig.

### Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Alpha ist am 14. Mai in Reval angekommen.  
 D. Maja ist am 15. Mai in Reval angekommen.  
 D. Wiborg ist am 15. Mai in Wiborg angekommen.  
 D. Dora ist am 15. Mai in Libau angekommen.  
 D. Marie Louise ist am 15. Mai in Reval angekommen.  
 D. St. Petersburg ist am 15. Mai in Königsberg angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksboten“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Durch die Geburt einer gesunden Tochter wurden hoch erfreut **Fritz Richertz** u. Frau geb. Oldenburg.

Unser Fräulein **H. Westfol** to sinem 37. Wegenfest en dunnerndes Hoch, dat de Schnoor dat Klappern frigt um de ganze Ludwigstrat wackelt un dat Hus, wo he wohnt, up den Kopp to stahn kümmt. Wenn he sich wat merken lett, denn sind sien Frün'n bi em. **Sien Frün'n.**

**25 Marlesgrube 25 Reich** haltigstes Lager aus nur besten Materialien sauber gearbeiteter

**Möbel, Spiegel und Polsterwaren.** Große Auswahl. Mäßige Preise. Ganze Ausstattungen v. 125 Mk. an Complete Zimmereinrichtungen in eleganter Ausführung zu allen Preisen stets in großer Auswahl vorrätig. Ansicht gerne gestattet.

**25 Carl Folckers 25** Marlesgrube Möbel-Magazin. Für dauerhafteste Arbeit leichte völlige Garantie.

Doppelt gefochtes **Fussboden-Glanzöl** — das Beste, was existirt — empfiehlt **Fadenb. Allee 10. Hans Fock** Telephone 339. Hansa-Drogerie.

**Bruteier** von rebhuhnfarbigen und weißen Italicern, vielfach prämiert, a Stück 20 Pf. **Burmeister, Hansstraße 75.**

## Jubiläum: 25 Ausgabe.

Bei **J. H. W. Dietz** in Stuttgart erscheint in fünf- und zwanzigster Auflage

### Die Frau und der Sozialismus von A. Bebel.

Heft-Ausgabe, komplet in 10 Heften, à 20 Pfg.

Alle acht Tage erscheint ein Heft.

Die fünf- und zwanzigste Auflage ist um ein Fünftel des Umfanges der früheren Auflagen vermehrt. Eine erhebliche Bereicherung des Inhalts an hochinteressantem tatsächlichen Material ist vom Verfasser aufgenommen worden. Fast keine Seite von Verbesserungen verschont geblieben.

Bestellungen nimmt stets entgegen

### Die Expedition des Lübecker Volksboten Große Altesfähre 35/37.

Frisch geräuchertes **Störflisch, Aale, Fluudern, Bücklinge und Lachsheringe** empfiehlt **Johs. Boy,** Wahnstraße 16 und Rauer 84.

**Putz- u. Modewaaren.** Empfehle nur Neuheiten zu billigen Preisen. **Fr. Franz,** Königstraße 123.

**Auschnitt von ff. Hansa-Bier** Seidel 10 Pf. in meiner durch Umbau vergrößerten Bierstube hinter der Burg. **H. Stoll.**

Wirklich feine **Matjesheringe** Stück 10 Pfg. empfiehlt **Albert Bartelt,** Pfaffenstraße 16. Früher Heiner Köhler.

**FF Margarine** Pfund 75 Pfg., empfiehlt **A. Westphal,** Fischergrube 24. Zum 1. Juli eine Wohnung zu 135 Mark inkl. Abgaben, Wasser und Closet, zu vermieten. Näheres. Koll 20. Logis für 2 junge Leute. **Depenau 29.**

Empfehle von heute an: **Täglich frische Grasbutter.** **Th. Storm,** Butterhandlung, Königstraße 98.

**Kartoffeln** in großer Auswahl à Faß von 40 Pf. an, nachweise billiger. **H. H. Jaacks,** Untertage 114.

**Cigarren, Cigarrenspitzen, Schagseifen** empfiehlt in großer Auswahl **Ad. Jühns,** Meierstraße 27.

Ein junger Mann sucht Beschäftigung beim Fuhrwerk oder sonstigen Arbeiten. Offerten unter **F H 10** besüchert die Exped. d. Bl.

**Eine Geige mit Bogen zu kauf. gel.** Offert. mit Preis unt. **M 26** an d. Exp. d. Bl. **Freundl. Logis nach vorne** Engelswisch 55.

**Central-Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse der deutsch. Schiffbauer.**

### Mitglieder-Versammlung

am **Sonnabend d. 18. Mai, Abds. 8 1/2 Uhr** bei Herrn **W. Neumann,** Fünffhausen 19. **L. D.:** Delegirtenwahl. Anträge zur General-Versammlung Beschiedenes.

**Öffentl. Versammlung** aller in der **Nahrungs- u. Genussmittel-Industrie** beschäftigten Arbeiter **am Sonntag den 19. Mai,** Nachmittags 4 Uhr, bei **Paul Drewes, Marlesgrube 16** **Tages-Ordnung:** **Die Sonntagstruhe.** Referent: **Th. Bartels.** Um zahlreiches Erscheinen erucht **Der Einberufer**



## Das Koalitionsrecht.

Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf ein Reichsvereinsgesetz mit Gewährleistung des Vereins- und Versammlungsrechts ist vom Reichstag nach langer Debatte abgelehnt worden. Nicht ein Mal die gesammte Linke stimmte für den Antrag. Man konnte bei dieser Gelegenheit so recht sehen, wie sich jene Auffassung bewahrheitet, die dahin geht, daß die herrschenden Klassen immer mehr geneigt werden, die politischen Rechte zu beschneiden, je mehr die Klassengegenstände sich zuspitzen. In der Debatte wurde ein erschöpfendes Material vorgebracht, welches erkennen ließ, wie rechtlos der Deutsche in Bezug auf das Vereins- und Versammlungswesen in so manchem seiner Vaterländer noch ist. Wer nur einigermaßen Sinn und Gefühl für die Lasten und Leiden der arbeitenden Klassen hatte, der mußte dem sozialdemokratischen Antrag zustimmen, wenn er hörte, wie es in Mecklenburg, Sachsen und anderwärts zugeht. Besonders die drastischen Schilderungen, wie in Sachsen das Vereins- und Versammlungsgesetz gehandhabt wird und wie dort die Sozialdemokraten ganz anders als andere Staatsbürger, gewissermaßen als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden, erregten lebhaftes Interesse auf allen Seiten, das insofern gesteigert wurde, als der Vertreter der sächsischen Regierung sich nur schwach und ungenügend verteidigte. Dennoch stimmten die Rechte, das Zentrum und die Nationalliberalen geschlossen gegen den Antrag der Sozialdemokratie.

Somit ist diese von der Sozialdemokratie aufgeworfene Frage vorläufig in durchaus reaktionärem Sinne entschieden und man konnte leicht bemerken, wie wenig die „Oberen Zehntausend“ gewillt sind, den Arbeitern politische Rechte zuzubilligen. Der freisinnige Abgeordnete Richter stimmte zwar für den Antrag, aber bemerkte doch, derselbe sei nur „aus agitatorischen Gründen“ gestellt. Man sieht die Brutusse und Catonen der Freisinnigen können sich sogar zu dem billigen Opfer, für politische Rechte einzutreten und von den Byzantinern sich dafür „Doktrinäre“ schelten zu lassen, nur sehr schwer entschließen. Sie fühlen instinktiv, welche wichtige Waffe in dem Klassenkampfe der Arbeiter das Koalitionsrecht darstellt und das erklärt Alles.

Zur Charakteristik und Psychologie der herrschenden Klassen in Deutschland liefert diese Verhandlung über das Koalitionsrecht einen wichtigen Beitrag. Alle alten Parteien sprechen das ganze Jahr hindurch von „sozialen Reformen“, von Maßregeln seitens des Staats für das Wohl der Arbeiter und Einzelne nehmen dabei den Mund so voll, daß es scheinen könnte, als gäbe es für sie kein größeres Erdenglück, als für die Interessen der Arbeiter thätig zu sein. Aber die Thaten entsprechen niemals den Worten und wenn es sich in Wahrheit um die Interessen der Arbeiter handelt, so wird diesem immer statt des Brotes ein Stein gereicht. So ist es auch dies Mal geschehen.

Man spricht so gern von den „berechtigten Interessen“ der Arbeiter, womit man sich zugleich gegen die weitgehenden Forderungen der Sozialdemokratie verwahren will. Kann es denn ein mehr berechtigtes Interesse der Arbeiter geben, als wenn dieselben sich das Koalitionsrecht gewahrt wissen wollen? Dieses Mittel ist ihnen unentbehrlich zum Kampfe gegen die steigende kapitalistische Ausbeutung; es ist aber zugleich auch eine Bürgschaft dafür, daß dieser Kampf auf unblutigem Wege und innerhalb gewisser Formen sich abspielt. Das Koalitionsrecht wird dem Arbeiter schon vom Kapitalisten verkrümmert und oft gänzlich unmöglich gemacht. Die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft oder einem Fachverein wird in tausend Fällen mit Entlassung geahndet. Will der Staat nicht eine Versicherungsanstalt für kapitalistische Interessen sein, so muß er seine mächtige Hand erheben, um, so weit er kann, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu schützen, aber statt dessen arbeiten sich Kapitalismus, Polizei, Gesetzgebung und Rechtsprechung in die Hände, um das Koalitionsrecht des Arbeiters zu einer bloßen Redensart zu machen.

Man kann in diesem Falle sehr leicht sich klar werden, was es auf sich hat mit den „Reformen“, von denen die bürgerlichen Parteien sprechen. Weder die Fähigkeit noch der gute Wille ist vorhanden, ernsthafte Reformen zu schaffen. Die Fähigkeit fehlt, weil man zu bequem ist, sich über die wirkliche Lage des arbeitenden Volkes zu unterrichten. „Nothleidende Arbeiter kommen nur in Romanen vor“, sagte einst ein konservativer Volksvertreter. Und so glaubt man, die Nothlage des Volkes sei eine Erfindung der Sozialdemokratie, die lediglich agitatorischen Zwecken dienen solle. Der gute Wille zu Reformen aber fehlt den herrschenden Klassen, weil sie ihren Egoismus nicht zügeln können. Sie glauben, jedes Stückchen Recht, daß sie dem Arbeiter zukommen lassen, sei von ihren eigenen Privilegien abgebrockelt. Sie sehen in jeder Arbeitervereinigung eine Bedrohung ihrer Renten, ihrer Dividenden und ihres Kapitalprofits überhaupt, darum halten sie es für ein großes Opfer, daß sie die Versicherungs-gesetze gemacht haben, und darum preisen sie auch die Weisheit Bismarcks, der diese so eingerichtet hat, daß darin so viele zarte Fürsorge für die kapitalistischen Interessen zu verspüren ist.

Es ist eine sehr häufige, fast regelmäßige Erscheinung der Weltgeschichte, daß wenn eine Gesellschaft in ihren Auflösungsprozess gelangt, dann die herrschenden Klassen den klaren Ueberblick vollständig verlieren. Sie können sich dann fast nie zu weisen Reformen entschließen, welche den Uebergang in die neu entstehenden Reformen erleichtern, ja fast schmerzlos machen könnten. Mit einer blinden Hartnäckigkeit widersetzen sie sich allen Neuerungen, von denen sie befürchten, daß sie tief einschneidend wirken. Und damit verschulden sie die historischen Katastrophen, wo solche vorkommen, die dann nach dem flachen Urtheil bürgerlicher Historiker nicht aus dem unvermeidlichen und unwiderstehlichen Drang der Umstände, sondern aus der „Aufhebung“ und der „Propaganda“ entstehen.

Man will in der Umsturzvorlage scharfe Bestimmungen gegen die freie Meinungsäußerung treffen und doch auch den Arbeitern das Koalitionsrecht nicht geben. Es soll mit dem Letzteren bleiben wie bisher; der schöne Zustand soll verewigt werden, daß jeder Deutsche, sobald er einem oben nicht genehmen politischen Verein angehört, damit sich gewissermaßen unter Polizeiaufsicht stellen muß.

Den Arbeitern, die bisher noch an die „Reformen“ der herrschenden Klassen glaubten und die den Pferdefuß an der bürgerlichen Sozialpolitik nicht zu erkennen vermochten, wird nunmehr der Staat vollständig gestochen sein. Das Resultat der Verhandlungen über das Koalitionsrecht wird diejenigen, die auf das bekannte „Patrimonium der Enterbten“ gehofft, nunmehr belehrt haben, wie weit ihnen die oberen Zehntausend entgegenzukommen gewillt sind.

Wenn unsere Bourgeois, die doch sonst so ängstlich sind und Alles mit der Polizeibrille betrachten, wüßten, was sie sich eingebracht haben, so könnte ihnen bange werden. Was es heißt, Millionen von Arbeitern mit vollkommener Hoffnungslosigkeit in Bezug auf den guten Willen der Bevorrechteten zu erfüllen, das wird sich bald zeigen. Die alten Parteien werden es verspüren.

## Soziales und Partei-Leben.

Aufruf an alle im Handels- und Transportverke bebeschäftigten Hilfsarbeiter, als Geschäftsdienner, Kutscher, Packer und verwandte Berufsgenossen.

Kollegen!  
Es ist wohl nicht im mindesten übertrieben, wenn wir behaupten, daß wir zu den Ausgebeuteten unter den verschiedenen Arbeiterkategorien gehören. Bei übermenschlich langer, zwischen 12—18 Stunden schwankender, täglicher Arbeitszeit reicht unser Wochenlohn, der in vielen Fällen nur 8—10 Mark beträgt, nicht einmal für die notwendigsten Bedürfnisse eines Unverheiratheten, geschweige denn für die Bedürfnisse einer Familie.

Tausende der Kollegen füllen die Landstraße und die Arbeitsvermittlungsbüros, während die in Arbeit stehenden bis in die Nacht hinein schuften müssen.

Die stellenlosen Kollegen wieder sind durch den Mangel einer staatlichen Arbeitsvermittlung der Ausbeutung durch die privaten Stellenvermittler, dieser Kampfire in Menschengestalt, willenlos preisgegeben, was wohl schon Jeder am eigenen Leibe erfahren magte.

Krankheiten und frühes Siechthum sind die Folgen der langen Arbeitszeit, die sich denn auch bald bei den Kollegen bemerkbar machen.

Und wie geht es ihnen im Alter?  
Haben sie ihre Jugendzeit, all ihre Kräfte im Dienste des Kapitals verbraucht, so werden sie vom Unternehmer einfach auf die Straße geworfen, unbekümmert darum, ob er sie dadurch dem Hungertode preisgibt.

Sind aber die Zustände bei denjenigen Kollegen, die unter der Gewerbeordnung stehen, schon tieftraurige, wird diesen schon das durch das Gesetz gewährleistete Koalitionsrecht (Vereinigungsrecht) vermittelst der Hungerpeitsche, d. h. durch die Androhung der Entlassung, seitens der Unternehmer entzogen, wird diesen schon durch die angeführte lange Arbeitszeit jede Gelegenheit genommen, sich ihrer Familie widmen und sich geistig und moralisch ausbilden zu können, so ist das Leben derer, die noch unter der famosen Gefindeordnung stehen, als ein menschenunwürdiges zu bezeichnen.

## Im Moor.

Von Heinz Lovote.

Ein Sommerabend.

Die Heide träumt im letzten Strahle der sinkenden Sonne.

Von dem Boden steigt betäubender Duft auf. Es zittert heiß über dem Moore, und die Sonne stirbt.

Die Nacht kommt.

Die Schafe blöken im Stalle des einsamen Heidehäuschens.

Ringsum Garten und ein wenig Feld. Kartoffel- und Buchweizenacker.

Dort liegen ein paar Findlinge, riesige Granitblöcke im gelben Sande, den nur einzelne kurze Grasbüschel durchbrochen haben.

Drüben zieht sich der Wald hin, ein Gewirr von verkrüppelten Tannen, Birken, Erlen, weiterhin fastige Buchenhaine mit blumigen Matten.

Überall dichtes Unterholz.

Aus dem Walde treten zwei — ein Mann und ein Mädchen.

Er hält den Leib des Mädchens umschlungen. Sie ist jung, kaum siebzehn Jahre. Sie ist schön; nur die Augen blicken so seltsam, nicht offen und treuherzig. Wie ein Geheimniß liegt es darin.

Sie gehen auf das Haus zu.

Neben den langen Gräben, in denen sich das schmutzige Wasser fängt, liegt gestochener schwarzer Torf aufgeschichtet. Sie lassen sich nieder, und der Mann spricht. Er redet leise in sie hinein.

Es muß was Trauriges sein. Das Mädchen lehnt sich an ihn und umschlingt seinen Hals, und sie küssen sich. Dann stehen sie auf. Das Mädchen wirft sich an seine Brust. Es ist ein Abschied, wenn auch nur für kurze Zeit. Der Mann muß in die Stadt auf drei Wochen zum Militär.

Er ist ein Bauernsohn und sie die Tochter des

Küthners, des armen Torfstechers. Er küßt sie noch einmal und sucht nach ihren Augen, die sie zu Boden schlägt.

Dann läßt er sie, und geht langsam dem Hause zu. Noch ein paar Mal bückt sie sich, um eine blühende Heideblume zu pflücken. Dann tritt sie in den leichtumzäunten Garten ein. Eine Kuh brüllt ihr aus der halbgeöffneten Stallthür entgegen, und die Schafe stoßen ihren scharfen, blöckenden Schrei aus.

Sie tritt in das Haus. Unter der Thür wendet sie sich noch einmal um. Sie glaubt in der Ferne eine Gestalt zu erkennen.

Aber sie winkt nicht.

Die Stimme der Mutter ruft sie.

Es ist dunkel geworden, und das Dellämpchen schimmert fahl aus dem einen Fenster.

Der Mann ist stehen geblieben und hat dem Mädchen nachgeschaut, wie sie langsam fortgegangen ist.

Er will sie zurückrufen, doch wozu?

Sie haben ihm gesagt, sie sei es nicht werth, daß er so an ihr hänge und dem Vater trohe.

Er hört nicht auf sie, die das sagen, denn er liebt das Mädchen.

Sie ist schön; auch in den beschmutzten, dunklen Kleidern, an denen die Spuren des Moores sich finden. Denn sie muß den Torf graben, eine mühselige, schmutzige Arbeit.

Der Mann sieht ihr noch immer nach. Es ist so dunkel geworden, daß er sie kaum noch erkennen kann, als sie in die Hütte tritt.

Jetzt ist sie verschwunden.

Es ist Nacht.

Ueber der Heide lagert todtenhafte Ruhe. Kein Wind regt sich, kein Laut klingt auf, kein Vogel streift vorüber.

Die Heide schläft.

Aus dem Neumonde ist Vollmond geworden.

Der Mann kehrt zurück. Den ganzen Tag ist er gereist. Zu Hause hat er von der Stadt erzählt und

hat dann zu Abend gegessen. Dann ist er hinaufgegangen, um sich schlafen zu legen.

Er hat gesagt, er sei müde. Auch die Alten legen sich schlafen.

Noch ein Mal werden alle Läden nachgesehen und die Thürklinken gerüttelt, dann wird es still im Hause.

Stille im Hause! Draußen aber braust der Sturm durch die Nacht. Bald liegt die neblige Heide im tiefschwarzen Dunkel, bald im grellen Strahle des Mondes, der aus den wehenden Nebeln phantastische Gebilde formt. Die Nebel steigen aus dem Boden und wollen sich über die Erde lagern, aber der Sturm kommt und zerfetzt das luftige Gewebe und treibt das leichte Gewölk vor sich her.

Die schwarzen Wolken drängen sich am Himmel zu Haus, wie Schafe beim Gewitter. Wenn sie sich den vollen Scheibe des Mondes nähern, scheinen sie zu zerflattern, der Mond scheint sie aufzulösen.

Nur die dunklen mächtigen Wolkenwände lassen keinen Strahl durch. In den Händen nur kann man es sehen, daß sie den Mond bedecken. Da schimmert es gelb und blau auf.

Und der Sturm singt sein Lied.

In dem großen Bauernhofe knarrt ein Fenster.

Hat der Wind einen Laden losgerissen?

Jetzt ist es finster.

Horch! Ein Knistern und Krachen an einer Kalkwand.

Vielleicht Diebe!

Doch die Hunde sind still.

Jetzt huscht eine Gestalt durch die Hecke und birgt sich hinter einer Holzstiege, denn das weite, baumleere Moor liegt im hellen Mondlicht da; der Sturm hat den Nebel fortgetrieben, nur über dem struppigen Heidekraut liegt es schneeweiß, daß der Fuß durch Gewölk zu schreiten scheint.

Jetzt schiebt es sich schwarz über die Ebene. Eine Wolke hat den Mond verschlungen.

Ein Mann jagt über die Heide, — als ob ihn der Sturmwind verfolge, als ob er mit den Wolken um die Wette eilen wolle.



Die Sklaven im wahren Sinne des Wortes haben nicht nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen, sondern ihre Dienstherren haben das gesetzliche Recht, auch über ihre Gesinnung, überhaupt über all ihr Handeln und Denken zu verfügen, ja, bei den geringsten Vorkommnissen, können sie sogar kraft dieses veralteten, aller Zivilisation hohn sprechenden Gesetzes, von ihrem Dienstherrn körperlich geächtet werden.

Geradezu schamlos aber ist die Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter im Handelsgewerbe.

Da in Folge der niedrigen Löhne der Mann allein nicht mehr im Stande ist, seine Familie zu ernähren, so müssen Frau und Kinder, letztere schon in frühesten Jugend zum Unterhalt der Familie beitragen.

Diese Kinder, im Alter von oft kaum 14 Jahren sind denn auch die willkommensten Ausbeutungsobjekte unserer Herren Kaufleute.

Widerstandsunfähig, sind sie gezwungen, allen Geboten der Unternehmung Folge zu leisten. Bei Löhnen, die oft noch nicht zur Hälfte die Höhe derer für Erwachsene erreichen, müssen sie die Arbeit bei gleicher Dauer leisten, wodurch ihre körperliche sowohl als geistige Entwicklung vollständig gehemmt wird.

Das Schlimmste aber ist, daß die jugendlichen Arbeiter wider ihren Willen dazu benutzt werden, um die Löhne der Erwachsenen noch mehr herabzudrücken.

Kollegen! Wir fragen Euch nunmehr: Können und dürfen diese Zustände, wie sie oben geschildert sind, so bleiben?

Wollen wir noch länger die Lasttiere der Kaufleute sein.

Ein tausendfaches Nein! schalle dieser Frage entgegen. Wohl keiner von uns hofft noch, daß ihm von „oben“ herab geholfen werde. Von diesem Wahn sind wir wohl alle durch die gemachten Erfahrungen gründlich kurirt.

Wir müssen, wollen wir etwas wirklich Ersprießliches erreichen, uns organisieren. Nur eine starke und kräftige Vereinigung aller Berufscollegen in ganz Deutschland wird in der Lage sein, die Kollegenchaft wirksam gegen Ausbeutung und Unternehmertum zu schützen.

Wir fordern deshalb die Kollegen allerorts nochmals dringend auf, endlich an die Schaffung geeigneter Berufsorganisationen zu denken. Die unterzeichnete Kommission ist gern bereit, den Kollegen das hierzu nötige Material unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und sind alle diesbezüglichen Anfragen an Karl Albold, Berlin C., Auguststraße 38 zu richten.

Also auf Kollegen an die Arbeit, wenn sich unsere Lage nicht noch mehr verschlechtern soll!

Die Agitations-Kommission der Handelshülfsarbeiter Deutschlands.

**Konstanz.** Der größte Theil der hiesigen Schreiner-gehälfen ist in einen Ausstand eingetreten. Sie verlangen statt der bisherigen 11 bis 12- die 10stündige Arbeitszeit ohne Lohnverkürzung. In voriger Woche wollten die Glasergehülfsen ebenfalls einen Streik beginnen, er unterblieb aber, nachdem fast alle Meister die gleichlautende Forderung bewilligten. Fällt der Schreiner-Streik erfolgreich aus, dann beabsichtigen die Zimmerleute in ähnlicher Weise vorzugehen.

In Rußland in Bulgarien streiken seit zwei Monaten die Arbeiter des graphischen Gewerbes: Buch- und Stein drucker, Buchbinder und Hilfsarbeiter, im Ganzen 56 Personen, darunter 35 Familienväter. Da sich bisher nur ein Streikbrecher gefunden hat und der Geist unter den Ausständigen gut ist, so wird ein günstiger Ausgang des Streiks erhofft, wenn

genügend finanzielle Unterstützung zufließt. Darum bitten nun die Ausständigen dringend die deutschen Arbeiter. Die Geldsendungen sind zu richten an Marin Postnoff, Präses des Vereins der graphischen Fächer in Rußland, Bulgarien.

## Aus Nah und Fern.

**Wegen fortwährender Soldatenmißhandlungen** stand der jetzige Schutzmann Zell am Dienstag vor dem Berliner Landgericht I. Derselbe diente in den Jahren 1884 bis 1893 bei dem Schlesischen Dragoner-Regiment 15 in Hagenau im Elsaß und hatte schließlich die Charge eines Sergeanten inne. Als solcher hatte er sechs Tage hindurch aushilfsweise das Rekruten-Exerciren der Dekonomiehandwerker übernommen und soll dabei die arg malträtiert haben. Nach der Aussage von sechs ehemaligen Dekonomiehandwerkern, zumeist Schneidern, hat er einem gewissen Otto Stephan (so heftige Faustschläge unter die Kinnlade versetzt, daß diese grün und blau anlief. Den Rekruten Schlaf und Kunde, welche schlecht marschirten, hat er Stöße und Schläge ins Gesicht und an das Kinn gegeben. Schlaf hat bekundet, daß sich der Herr Sergeant über seinen langen Hals und seine „Schweinsaugen“ immer sehr geärgert und ihm deshalb Schläge in's Gesicht und auch in die Kniekehlen versetzt habe. Dem Rekruten Broßlich hat er kräftigst an die Backen geschlagen. In einer Nacht hat er die Leute aus den Betten aufstehen und Parade marsch im Zimmer üben lassen und dabei auch einen Soldaten mißhandelt. Erst als Zell aus dem Militärverhältnis ausgeschieden und in's Civilverhältnis übergetreten war, sind die Vorfälle zur Strafanzeige gebracht worden und so ist es denn gekommen, daß die Verhandlung dem Militärgericht entrückt wurde. Der Angeklagte bestritt, vorzüglich Mißhandlungen verübt zu haben. Er behauptete, daß die Rekruten beim Exerciren sich so ungeschickt benommen hätten, daß er wohl oder übel ihre Körperhaltung mehrfach habe „korrigiren“ müssen. Im Uebrigen sei die Darstellung der Zeugen sehr übertrieben. Bei dem nächtlichen Bettspringen in der Mannschaftsstube sei er sehr angezecht gewesen. Der Staatsanwalt verwies darauf, daß diese Verhandlung unter dem Zeichen des Militär-Strafgesetzbuches stehe und man sich fragen müsse, welche Strafe den Angeklagten treffen würde, wenn er von dem Militärgericht abgeurtheilt werden würde. Daß es sich hier nicht bloß um „Korrekturen“, sondern um strafbare Mißhandlungen von Untergebenen handle stehe fest und deshalb beantrage er drei Monate Gefängniß. Der Gerichtshof erkannte den Angeklagten des Vergehens gegen §. 122 des Militär-Strafgesetzbuches für schuldig und verurtheilte in zu einem Monat Festungshaft.

**Braunsberg.** Der Landgerichtsrath Schuhmann ist, wie die „Post“ berichtet, in der Sonntag Nacht Leben-

dig verbrannt dadurch, daß eine Lampe umfiel und explodirte. Da die Thür seines Schlafzimmers verschlossen war, mußte sie erst eingeschlagen werden.

**Anfrichtig.** Von dem kürzlich verstorbenen Generaloberst v. Pape wird folgende Anekdote erzählt: Als der General das im Berliner Zeughaus befindliche große Gemälde, welches den Sturm auf St. Privat darstellt, zum ersten Mal betrachtete, und sich selbst im Vordergrund der ankämpfenden Truppen sah, sagte er zu seiner Begleitung: „Das Bild entspricht doch wohl nicht ganz der Wirklichkeit, denn wenn ich tatsächlich dort vorgestanden hätte, wäre ich heute keinesfalls in der Lage, mir hier das Gemälde anzusehen, denn von da hätten mich die Franzosen sicherlich weggepustet.“ — Wem fallen dabei nicht die vielen Gemälde ein, welche den „Heldengreis“ im Granatfeuer von Gravelotte u. zeigen? „Die Weber“. Wie sich unsere Leser erinnern werden, ist das Bild eines der Hauptdarsteller aus den „Webern“ von der Kunstausstellung zurückgewiesen worden. Mit Bezug darauf schreibt man dem „Volk“: Eben lese ich in Barnhagens Tagebüchern: „4. Januar 1845: Die „Weber“ wurden zur Gemäldeausstellung, wie bekannt, nicht zugelassen.“ Also ganz wie zu unserer Zeit. Das war aber zu Friedrich Wilhelms IV. Zeit und drei Jahre vor 1848! Fünfzig Jahre später und trotz aller Ereignisse immer noch auf demselben Fieck!

**Ein abentheuerliches Verbrechen** verübte in Klengen, Amt Billingen (Baden) ein bei einem Landwirth im Dienst stehendes 13jähriges Mädchen. Es stieß einer Kalbin und einer Kuh, wie es selbst eingestand, derart mit einer Stange in die Mastdarmöffnung, daß beide Thiere getödtet werden mußten. Der Dienstherrschaff starb in verfloßener Woche plötzlich ein vierteljähriges Kind. Es entstand der Verdacht, das Mädchen, dem die Pflege des Kindes anvertraut war, habe das Kind zu Tode gequält. Die Untersuchung der Leiche bestätigte den Verdacht, dem kleinen Wesen waren die Gelenke vielfach zerissen und die Knochen gebrochen worden. Das Mädchen blieb bei der Sektion der Leiche völlig theilnahmslos.

**München.** Die Knödelfreiheit ist in Bayern wieder gerettet. Das Schöffengericht hat einen Wirth glücklich freigesprochen, der ein Leberknödelwetteffen veranstaltet hatte, ohne die Polizei um Erlaubniß zu fragen. Bei dem Wetteffen waren 2800 Leberknödel verzehret worden; der Sieger hatte in einer Stunde 32 Leberknödel hinuntergebracht. Wer macht Reford?

Drei Minister statteten jüngst der Stadt Bordeaux einen Besuch ab. In dieser Zeit führten eines Tages mehrere Männer drei Esel durch die Stadt, die einen Cylinderhut auf den Kopf und große Portefeuelles auf den Rücken trugen. Die Leute wurden verhaftet, weil die Polizei in dem Aufzug eine Verisflage der nach Bordeaux gekommenen drei Minister erblickte.

Es geht an dem Walde vorbei, jenseits erst heibt es aufstehend stehen.

Dort liegt die Hütte des Torfbauern, vom Nebelgewölke umtraucht, vom Liede des Sturmwindes umheult.

Drei Wochen sind vergangen, seit der Mann an dieser selben Stelle stand und Abschied nahm. Jetzt gilt sein erster Gang dem einsamen Häuschen.

Er geht auf dasselbe zu. Hinter dem Stalle duckt er sich. Er muß um das Haus herum. Das Mädchen schläft hinten.

Er will sie noch sehn, noch sprechen. —

Der Sturm hat sich eine Weile gelegt. Die Nebelwälder zitternd hin und her, und die Mondscheibe ist verdeckt.

Er tritt näher. In der Hand hält er ein Häuschen Sand. Er will die Körner an das Kammerfenster werfen, damit sie erwache. —

Jetzt stockt sein Fuß.

Vor ihm raschelt etwas, aber er vermag nichts zu erkennen. Die Nacht und der Nebel sind zu dicht.

Jetzt sieht er: es ist ein Mann! — Kommt außer ihm noch einer hierher? — Sein Blut siedet auf.

Er geht weiter, vorsichtig . . . aber ein dürrer Ast des aufgeschichteten Brennholzes zerbricht laut unter seinem Fuße. Droben schlägt ein Fenster an.

Jetzt sieht er eine weiße Gestalt sich herauslehnen: das Mädchen, das sich niederbeugt, um zu sehen, wer da draußen ist.

Da schrickt er zusammen.

Gute Nacht, Franz! flüstert es leise herab.

Er erschrickt.

Der Mann dort winkt hinauf. Dort steht eine Leiter, nur wenig beiseite geschoben.

Und plötzlich hat er begriffen: ein anderer neben ihm!

Dort tappt er vorsichtig der Hecke zu.

Der Sturm heult mit einem Male, als wolle er das Häuschen dem Erdboden gleich machen. Aber durch das Getöse klingen Laute verzweiflungsvoller Wuth. Das aufgeschichtete Holz bricht kollernd zusammen . . .

Dort an der Hecke ringen zwei lautlos. — Die Hunde schlagen mit Gebelfer an. Das Mädchen ist mit einem Schrei vom Fenster verschwunden. Sie stürzt aus dem Hause. Die Thür schlägt im Winde hin und her, als wolle sie zerplütern.

Ein Todessehner gellt durch den Nebel, dann wird es ganz still. —

Die Hunde sind ausgebrochen. Aber ihr Bellen dauert nicht lange. Mit eingeknickten Schwänze kriechen sie um einen am Boden liegenden Menschen. Eine Blutlache umgibt ihn. Ueber ihn beugt sich ein anderer Mann.

Jetzt springt er auf, und die Axt, die — er weiß nicht, wie — ihm in die Hand gekommen, gleitet aus seinen Fingern.

Das Mädchen steht vor ihm. Ein Mondstrahl huscht über die drei Gestalten. Das Mädchen hat in dem Sterbenden den Mann erkannt, dem sie eben gute Nacht zugerufen hat, sie stürzt sich über ihn, Franz rufend.

Dem anderen zuckt die Hand: fast möchte er die Waffe von neuem erheben, um das Weib auch niederzuschlagen.

Da regt es sich wieder im Hause. . .

Sichter nähern sich. — Er schaut um sich, plötzlich begreift er.

Mit einem wilden Sage ist er über die niedere Hecke gesprungen, und wieder jagt er über die Heide, pfeilschnell. Doch dieses Mal verfolgt ihn der Mord. Hinter sich hört er das Heulen der ihm nachsetzenden Hunde. Aber sie können seiner Spur nicht folgen. Der Nebel ist zu dicht. Sie schnüffeln ratlos am feuchten Boden hin und stoßen langgezogene Klageklänge aus. Die schlagen dem Geheften an das Ohr. Der Sturm trägt sie ihm zu.

Er glaubt die Verfolger dicht hinter sich, wenn auch die Stimmen der Hunde allmählich leiser werden und dann ganz verstummen. — Jetzt rauscht der Wald vor ihm auf, in dem der Sturm sich verfangt. Mit mächtigen Armen theilt er die Büsche; und die feuchten Zweige schlagen rauschend hinter ihm zusammen.

Es ist Nacht. —

Die Nacht eines dumpfigen Kerkers. Man hat den Mörder gefangen und in die Stadt gebracht. — Eine kleine düstere Zelle, groß genug, um langsam darin zu ersticken. Ein Fenster, so klein und mit so starken Eisenstäben vergittert, daß selbst am Tage das Licht nur schwer einzudringen wagt. Von draußen hört man das Geräusch des wogenden Lebens. Wagen fahren vorbei, die Fußgänger drängen sich an den hohen Mauern hin, denn das Untersuchungsgefängniß liegt mitten in der großen Stadt.

Er hört das Lärmen und das Rollen der Fuhrwerke und sieht Licht zu sich heraufschimmern, schwach und ersterbend.

Er ist gefangen, und hinter diesen Mauern soll er seine Tage verbringen, endlose Jahre. Er wird nur als Todter hinausgebracht werden.

Und wenn man ihn begnadigen wird, dann ist er doch ein müder Greis mit kraftlosen Armen.

Er denkt an seine weite, freie Heide. An die jubelnden Lerchen, an die weidenden Schafe, und der narrotische Duft des Moorlandes umweht ihn; er blickt um sich. —

Enge, feuchte Mauern. — Ein hartes Lager und kärgliche Nahrung. . .

Und er setzt sich auf das eiserne Bett und denkt an das Mädchen, und wilder Groll schwellt seine Brust. Jörn und Abscheu empören sich in ihm.

Er kann die That nicht bereuen. —

Das Mädchen hätte auch sterben müssen. . .

Wie sie ihn gehezt haben, wie er sich im Dunkel der Wälder verkrochen hat, nicht als sei er ein Mensch, sondern ein wildes Thier!

Und dann — als er gehört, daß sie, die er geliebt, gegen ihn sich erhoben hatte! Seine Schuld wurde erst durch ihre Aussagen bekräftigt, und es mußte ihr Wonne bereitet haben, ihn so dem Henker überliefern zu können. Es schüttelt ihn, wenn er daran denkt, wie sie ihn verrathen.

Und nun die jahrelange, grauenvolle Buße für seine Mache! . . .

Er steht auf und blickt aus dem kleinen Fensterloche. Da drunten ist die Freiheit, das Leben, hier ewige Gefangenschaft und Tod!

Er rüttelt an den Eisenstäben, aber sie spotten seiner Kraft.

Und gebrochen sinkt er zusammen. —

Dann reißt er mit vieler Mühe die Decke seines Lagers in Streifen und knüpft sie sorgsam zusammen. Seine Hände zittern ein wenig, ab er zwingt sich zur Ruhe. . .

Und eifrig arbeitet er an seinem Werke, die Streifen ganz fest zusammendrehend, daß sie nicht zerreißen können. —

Als man am grauen Morgen in seine Zelle tritt, um ihn zur Arbeit zu holen, finden sie ihn tod. —

Die Raben krächzen um das einsame Heidehaus, und an dem Fenster sitzt ein bleiches Mädchen und starrt in das schlafende Moor hinaus — und schrickt zusammen, wenn die schwarzen Todtenvögel ihren krächzenden Schrei ausstoßen.

Sie blickt glanzlosen Auges in die Ferne, wo sich die Heide in dem Grau der Wolken allmählich verliert. — Heute ist die Nachricht hierher gedrungen, daß er sich erhängt hat im Kerker. . .

Sie schauert zusammen und blickt reglos hinaus in das feuchte, braune Heidefeld. . .

Und die dampfende Heide schläft weiter, Die Raben krächzen, — und langsam schieben sich die grauen, trüben Regenwolken über das sumpfige Moor. („Freie Bühne.“)